



Länderprofil Kolumbien

Licht am Ende des Tunnels im Bürgerkriegsland?

Annäherung und neue Freiräume nach der Ära Uribe





Länderprofil Kolumbien
Licht am Ende des Tunnels im Bürgerkriegsland?
Annäherung und neue Freiräume nach der Ära Uribe

Titelfoto: „Anthropologin Liliana bei der Rekonstruktion von Knochenfunden von Opfern des paramilitärischen Terrors auf dem Friedhof San Isidro in La Granja, Ituango, Kolumbien im Juli 2010.“ © Natalia Botero Oliver/www.ens.org.co

Inhalt

	Vorwort	2
01	„Der Wirtschaft geht's gut, dem Land geht's schlecht“ – Gewalt und gute Geschäfte: (Neo-)Kolonialismus in Kolumbien	4
02	Kolumbien nach der Ära Uribe	12
03	„Die Gewerkschaften müssen die neuen Freiräume nutzen“ – Interview mit ENS-Direktor José Luciano Sanín Vásquez	20
04	Wirtschaftsinteressen vor Menschenrechte – Landraub, Drohungen, Morde	22
05	Gesetz für Opferentschädigung und Landrückgabe – Hoffnung bei hohem Risiko?	30
06	Die Ölpalme und der Landkonflikt in Kolumbien Forstwirtschaft in der Provinz Chocó	36 42
07	Ein weiter Weg, aber wir arbeiten daran – Interview mit Nohora Tovar, Generalsekretärin der Fetramecol	44
08	Unsichere Minen in Kolumbien	46
09	Win-Win-Situation: Die Akzeptanz von Gewerkschaften trägt bei zum wirtschaftlichen Erfolg?	50
10	Ohne Bildung keine Zukunft, aber nur die wenigsten haben überhaupt Zugang!	52
11	Kinderarbeit – Ein guter Ort ist nicht genug	58
12	Die spezielle Rolle des Drogenhandels	62
13	Die alternativen Medien und der Widerstand in Kolumbien	64
14	Kolumbiens Medien-Monopoly	68
15	Freihandelsabkommen – Der Kolonialismus kehrt zurück	72
16	Kolumbiens neue Außenpolitik: Weniger USA, mehr Lateinamerika, Entspannung mit Venezuela, Sicherung von Märkten	76



Vorwort



Kolumbien ist ein hartes Land, in dem es nicht gut um die Menschen- und Gewerkschaftsrechte steht. Es ist geprägt durch Armut, soziale Ausgrenzung und extreme Unterschiede in der Einkommensverteilung. Kolumbien gilt als eines der gefährlichsten Länder für aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Über 2.700 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind in den vergangenen 20 Jahren ermordet worden. Allein im Jahr 2010 mussten 49 aktive Kolleginnen und Kollegen ihr mutiges Eintreten für Arbeitnehmerrechte mit ihrem Leben bezahlen. Hinzu kommen die vielen Fälle von Körperverletzungen, Vergewaltigungen, Folter und Todesdrohungen. Die Täter sind oft Mitglieder ultrarechter paramilitärischer Gruppen oder gedungene Killer aus kriminellen Banden. Ihre Taten bleiben meistens ungesühnt, weil kein politisches Interesse an einer wirkungsvollen Strafverfolgung und Schutz von Menschenrechts- und Gewerkschaftsaktivisten besteht.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung setzt sich für die Einhaltung grundlegender Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Kolumbien ein. Mit weltweiten Protesten haben wir Druck auf die Regierung ausgeübt. Nach dem Regierungswechsel in Kolumbien ist zu hoffen, dass die Regierung unter Präsident Santos die Forderungen der Gewerkschaften ernst nimmt als die Vorgängerregierung. Es wäre falsch, den Druck

auf die Regierung Kolumbiens zu früh zurück zu fahren. Nach so vielen Jahren der Gewalt und der sozialen Ungerechtigkeit reicht guter Willen und ein freundlicher Politikstil nicht aus. Der DGB und die internationale Gewerkschaftsbewegung erwarten spürbare Taten der Regierung Kolumbiens bei der Bekämpfung von Menschen- und Gewerkschaftsrechtsverletzungen.

Im nächsten Jahr wird sich das EU-Parlament mit der Frage einer Ratifizierung eines Freihandelsabkommens beschäftigen. Die EU-Parlamentarier sind aufgefordert deutlich zu zeigen, dass für sie Menschen- und Gewerkschaftsrechte Vorrang vor Handelspräferenzen haben. Wer ernsthaft eine positive Entwicklung der Gesellschaft in Kolumbien will, muss menschenwürdige Arbeit, sozialer Gerechtigkeit und die Einhaltung von Gewerkschaftsrechten als unumstößlichen Maßstab anlegen. Der DGB wird auch in Zukunft praktische Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Kolumbien üben und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Michael Sommer

 DGB-Vorsitzender und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes



Bildquelle: „Sandfischer in Puerto Berrio, Santander: In den gefährlichen Fluten des verschmutzten Flusses Río Magdalena verdient der Fischer seinen Lebensunterhalt –

zwischen Tonnen mit Bausand gräbt er stundenlang nach Welsen und Bocachicos und riskiert damit sein Leben.“, © Alejandro Cock-Peláez/www.ens.org.co



01_

„Der Wirtschaft geht's gut,
dem Land geht's schlecht“ –
Gewalt und gute Geschäfte:
(Neo-)Kolonialismus in
Kolumbien



01_„Der Wirtschaft geht's gut, dem Land geht's schlecht“ – Gewalt und gute Geschäfte: (Neo-)Kolonialismus in Kolumbien

Krieg und wirtschaftlicher Aufschwung sind im Falle Kolumbiens kein Widerspruch. Obwohl ein Ende des jahrzehntelangen internen Konflikts noch nicht absehbar ist und die Menschenrechtslage dramatisch bleibt, preist Präsident Juan Manuel Santos sein Land ebenso wie die Weltbank als Investorenparadies. Kolumbien sei auf dem Weg von einem „failing state“ zu einem „rising star“, heißt es bisweilen. Europäische und US-amerikanische Firmen freuen sich auf billige Rohstoffe und die weitere Öffnung eines wichtigen Absatzmarktes, am 12. Oktober 2011 ratifizierte der US-Kongress das Freihandelsabkommen mit Kolumbien.

Die Ausbeutung von Rohstoffen und der Aufbau von agroindustriellen Großprojekten auf Kosten der Armen wird von der kolumbianischen Regierung auf Biegen und Brechen durchgesetzt, notfalls helfen paramilitärische Banden nach. Immer wieder bezahlen GewerkschafterInnen und SozialaktivistInnen ihren Widerstand mit dem Leben. Von diesen Verhältnissen profitieren nicht nur einheimische Unternehmer, sondern auch multinationale Konzerne. Und deren Regierungen helfen mit. Damit stehen sie in einer langen Tradition.

Gold und Sklaverei

Mit den Ureinwohnern der spanischen Kolonie Neu-Granada, dem heutigen Kolumbien, hatten die Eroberer meist leichtes Spiel. Viele Völker wurden bereits im 16. Jahrhundert ausgerottet. Da sich die schnell zu plündernden Reichtümer im Vergleich zu anderen Kolonialgebieten in Grenzen hielten, spielte die Landwirtschaft bald eine führende Rolle. Im Westen, in Antioquia und in der Pazifikregion Chocó, gewann die Goldgewinnung aus Flüssen und im Bergbau immer größere Bedeutung. Da die einheimischen Arbeitskräfte dieser Belastung bald nicht mehr gewachsen waren, durch Epidemien dezimiert wurden und starken Widerstand bis hin zu kollektivem Selbstmord leisteten, ersetzten sie die Kolonialherren durch afrikanische Sklaven.

Bald avancierte die Goldproduktion zum wichtigsten Wirtschaftszweig Neu-Granadas. Außerdem bildete die Sklaverei die Basis der großen Zuckerplantagen im Cauca und der

Viehfarmen in der karibischen Region. Der Konflikt zwischen der weißen Oberschicht und der spanischen Krone spitzte sich Ende des 18. Jahrhunderts zu. In den stürmischen Jahren der Unabhängigkeit (1810–1830) bildeten sich Phänomene heraus, die die kolumbianische Gesellschaft bis heute prägen: der wachsende Einfluss des internationalen Kapitals, vor allem aus Großbritannien, der Aufstieg der Militärs zu einer einflussreichen Kaste und die unkontrollierbaren Gewaltausbrüche.

Freihandel im 19. Jahrhundert

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzten die Liberalen einen Nachwächterstaat durch, der die soziale Ungleichheit verschärfte: Die Blütezeit der Tabakwirtschaft ging mit einer Förderung des Großgrundbesitzes auf Kosten der Kleinbauern einher, der kollektive Landbesitz der Indígenas wurde weiter ausgehöhlt und das städtische Gewerbe schutzlos der internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Der Freihandel ruinierte die handwerkliche Produktion und verhinderte eine nennenswerte Industrialisierung. Stattdessen wurden Rohstoffe – Edelmetalle und Agrarprodukte, vor allem Tabak, Indigo und Chinarinde – exportiert. Importiert wurden Textilien, Werkzeuge, Luxusgüter und Maschinen für die Minen. In Antioquia – das auch die heutigen „Kaffeeprovinzen“ Caldas, Risaralda und Quindío umfasste – blühte der Minifundismus: In vielen ländlichen Gemeinden machten kleinere und mittlere Bauern soviel Land urbar, dass sie davon leben konnten, ohne in die Abhängigkeit von Großgrundbesitzern zu geraten. In der Regel bestanden auf dem Lande aber weiterhin feudale Machtverhältnisse. Das Ausbeutungssystem, das die Kleinpächter zu beträchtlichen Abgaben an die Großgrundbesitzer verpflichtete, wurde eher noch verfeinert. Andere Landarbeiter schlugen sich als Tagelöhner durch.

Eine einheitliche Handels-, Agrar- und Finanzpolitik wurde allmählich zur Priorität der mächtigsten Wirtschaftskreise. Der „Krieg der Tausend Tage“ (1899–1902), in dem sich das gut ausgebildete Heer des konservativ beherrschten Zentralstaates und eine Vielzahl liberaler Guerrillatrups gegenüberstanden, forderte über 100.000 Tote, wirtschaftliche Gründe spielten dabei aber kaum eine Rolle.



Krieg der Tausend Tage – gewaltsame Aneignung von Kleinbauernland durch Großgrundbesitzer im Zuge des Kaffeebooms mit geschätzten 100.000 Opfern; Später kam die konstante Bedrohung der US Navy, um die zukünftigen Interessen am Bau des Panamakanals zu schützen.

US-Imperialismus und Arbeiterbewegung

Der große wirtschaftliche Einfluss Großbritanniens wurde Anfang des 20. Jahrhunderts vom US-Imperialismus abgelöst. Washington führte 1903 die Unabhängigkeit Panamas herbei, indem es die dortige Separatistenbewegung unterstützte, und sicherte sich die Kontrolle über den Panamakanal. Der kolumbianische Staat wurde Jahre später mit 25 Millionen Dollar entschädigt, nachdem er die Bohrkonzessionen der US-amerikanischen Erdölgesellschaften legalisiert hatte.

Die Bananenplantagen der „United Fruit Company“ in der Atlantikregion stellten Enklavenwirtschaften dar, in denen die Ausbeutung und Repression der kolumbianischen Arbeiter ungebremsbar voranging. Voraussetzung für die wirtschaftliche Modernisierung war jedoch der sprunghafte Anstieg des Kaffeeexports. Die jährliche Produktion versechsfachte sich zwischen 1898 und 1932 auf über 200.000 Tonnen. Da der erforderliche Kapitalaufwand relativ gering war, wurde der Kaffeeanbau eine Domäne der Kleinbetriebe und sorgte selbst nach Abzug der Vermarktungsprofite, die vor allem US-Firmen einstrichen, für eine breite Streuung der Gewinne,

eine Stimulierung des internen Konsums und den Aufbau neuer Industrien. Folge war eine starke soziale Mobilisierung, die durch internationale Ereignisse wie die Oktoberrevolution weiteren Auftrieb bekam. Es entstanden sozialistische Parteien und eine Gewerkschaftsbewegung. Eisenbahner, Transportarbeiter auf dem Rio Magdalena und ihre Kollegen in den Häfen organisierten sich, es kam zu ersten Streiks. Wenig später zogen die Arbeiter der US-amerikanischen Öl- und Bananenküsten nach. Die Regierung antwortete mit einigen Konzessionen in der Arbeitsgesetzgebung, vor allem aber mit Repressionen. Die Sozialisten wurden bei den Parlamentswahlen 1921 in Medellín stärkste Partei. Die liberale Partei reagierte mit der Übernahme sozialdemokratischer Forderungen in ihr Programm. Sie leiteten vielerorts die Ablösung des feudalen Großgrundbesitzes durch moderne kapitalistische Produktionsweisen ein. Von 1934 bis 1938 setzten sie einige vom New Deal Roosevelts inspirierte Reformen um, etwa den Acht-Stunden-Tag, das Streikrecht und ein Gesetz, das die soziale Funktion des Landbesitzes herausstellte. Die Gewerkschaftsbewegung, die linksliberalen Intellektuellen und sogar die Kommunistische Partei rückten auf die Seite der Liberalen.



„Violencia“ seit über 60 Jahren

In den 1940ern verfolgten erstmals konservative Killertrupps, Vorläufer der Paramilitärs, die Liberalen auf dem Lande. Der liberale Reformer Jorge Eliécer Gaitán, der für einen sozialen Kapitalismus eintrat, begeisterte mit seinen Reden die kolumbianischen Massen. Er hatte gute Chancen, die Wahlen zu gewinnen, wurde aber am 9. April 1948 in Bogotá ermordet. Der aufgestaute Volkszorn entlud sich anschließend in massenhaften Plünderungen und einem Blutbad, dem „Bogotázo“. Allein in der Hauptstadt kamen über 1.000 Menschen ums Leben.

Mit der „Violencia“ (Gewalt), die bis 1965 über 200.000 Todesopfer forderte, begann die grausamste Epoche der kolumbianischen Geschichte. Sie tobte vor allem auf dem Land, in der Andenregion und den Llanos, also den vom Zweiparteiensystem dominierten Gebieten. Regierungseinheiten gingen mit unglaublicher Grausamkeit selbst gegen Frauen und Kinder vor. Vergewaltigungen, Folter, Brandschatzungen und Massaker waren an der Tagesordnung. Ganze Dörfer bekriegten einander gnadenlos. Liberale schlossen sich zu Selbstverteidigungstrupps zusammen, die sich bald in Guerrillaeinheiten verwandelten.

In den Städten wurde die Arbeiterbewegung weitgehend liquidiert. In den Provinzen Cundinamarca und Tolima nutzten Großgrundbesitzer die Chance zur Abrechnung mit Bauern,

die sich seit den dreißiger Jahren gegen sie organisiert hatten. Hier entstanden die Hochburgen der kommunistisch dominierten Guerrilla, die zunächst den Liberalen nahestand. 1964 ging die Armee unter Anleitung von US-Beratern mit 16.000 Mann und Bombenangriffen gegen die 42 Bauern der „unabhängigen Republik“ Marquetalia in Südtolima vor – es war die Geburtsstunde der „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens“ (FARC). Die „Violencia“ war zu Ende, doch dafür setzte der moderne Guerrillakrieg ein. Ungebremst von den blutigen Kämpfen auf dem Lande und mit einer geknebelten Arbeiterschaft in den Städten hatten bereits in den 1950ern die Wachstumsraten neue Rekorde gebrochen. Wieder galt das Diktum eines führenden Unternehmers aus dem Jahre 1987: „Der Wirtschaft geht's gut, dem Land geht's schlecht.“

Aus Furcht, die Bauern und Landarbeiter könnten nach kubanischem Vorbild rebellieren, wurde in den sechziger Jahren eine halbherzige Agrarreform in Angriff genommen. 1971 führte der Bauernverband ANUC Hunderte von Landbesetzungen an. Regierung und Großgrundbesitzer antworteten mit einem Pakt, der das Ende der Agrarreform bedeutete und der kapitalistischen Modernisierung des Großgrundbesitzes freie Bahn schuf. Exportförderung war der Leitgedanke der 1970er Jahre. Dem ausländischen Kapital wurden vorteilhafte Bedingungen geboten. In kürzester Zeit dominierte es die Textil- und Chemiebranchen. Während sich die Exporte von Industrieprodukten vervielfachten, sanken die Reallöhne zwi-



Sechs Stunden nach dem Attentat auf Gaitán, Chef der Liberalen Partei Kolumbiens, ist das alte koloniale Zentrum von Bogotá komplett zerstört. Vergeblich mahnen einige Radiosender das aufgebrachte Volk, von Plünderungen abzusehen.

schen 1970 und 1975 um 25 %. Die Gewerkschaftsbewegung wurde stärker unterdrückt als je zuvor, die soziale Unzufriedenheit mündete 1977 in einen Generalstreik, der blutig niedergeschlagen wurde: 18 Tote.

Der extrem repressive Kurs des liberalen Präsidenten Julio César Turbay (1978–1982) bescherte den Guerillabewegungen nie gekannten Zulauf, während in enger Verbindung mit Regionaleliten, Kokainbaronen und der Armee die ersten paramilitärischen Gruppen entstanden. In diese Phase fällt der Beginn einer neuen „Violencia“, die bis heute anhält. Das Drogengeschäft ist der entscheidende Faktor, der den bewaffneten Konflikt in Kolumbien bis heute befeuert, auch der milliarden-schwere Rückhalt aus Washington konnte daran wenig ändern.

In den frühen 1990ern leitete die kolumbianische Regierung den neoliberalen Umbau der Wirtschaft ein. Anfang 2002 scheiterten die Friedensgespräche zwischen der Regierung, dem Konservativen Andrés Pastrana und den FARC, womit dem rechtsautoritären Staatschef Álvaro Uribe (2002–2010) der Weg geebnet wurde.



“Yo no soy un extranjero, yo soy un posiblemente un negro como so ustedes, yo soy un hombre del pu tengo su misma raza”

Jorge Eliécer Gaitán

Mit Parolen wie „Während die Oligarchie den Volkswillen verfälscht, bringe ich ihn zum Ausdruck“ und „Ich bin kein Individuum, ich bin ein Volk!“, begeisterte Gaitán die Massen.



Deutsche Kontinuitäten: Von Ambrosius Alfinger bis Guido Westerwelle

Nimmt man die Besuche hoher deutscher Politiker in Kolumbien als Indikator, steht es um die bilateralen Beziehungen besser denn je: 2007 kam Bundespräsident Horst Köhler nach Bogotá, 2008 Kanzlerin Angela Merkel. Als „Türöffner“ für die deutsche Wirtschaft versuchten sich die Liberalen Dirk Niebel 2010 und Guido Westerwelle 2011.

Auch die deutsch-kolumbianischen Wirtschaftsbeziehungen haben eine Vorgeschichte: Zu Beginn des 16. Jahrhunderts durfte sich das Augsburger Handelshaus der Welser, das dem Habsburger Kaiser Karl V. mit seinem Kapital zur spanischen Krone verhalf, als Gegenleistung eine Zeit lang an der Kolonisierung Südamerikas beteiligen. Vom heutigen Venezuela aus brachen die Ulmer Kaufleute und Abenteurer Ambrosius Alfinger und Nikolaus Federmann nach Südwesten auf, in den Anden suchten sie das mythische „El Dorado“. Alfinger ließ auf seinen Expeditionen die Lasten von Ureinwohnern tragen, die durch Ketten und Halsringe festgehalten wurden. Er wurde 1533 durch einen Indianerpfeil im heutigen Nordkolumbien getötet. Federmann war 1539 bei der offiziellen Gründung von Santa Fé de Bogotá dabei, starb aber wenige Jahre später in einem spanischen Gefängnis.



Deutscher Konquistador Ambrosius Alfinger in Neugranada

Im 19. Jahrhundert konzentrierte sich die deutsche Einwanderung auf die Regionen Santander, Antioquia und die Hafenstadt Barranquilla. Kaufleute, Ingenieure, Bergmänner und andere unternehmungslustige Deutsche trugen zur Modernisierung dieser Regionen bei – die ersten diplomatischen Beziehungen knüpfte Kolumbien zu den Hansestädten Bremen, Hamburg und Lübeck. Bei der verkehrstechnischen Erschließung des Landes durch Straßen, die Dampfschiffahrt auf dem Magdalena, Eisenbahnen oder die Gründung der Fluglinie Scadta 1919 spielten Deutsche eine führende Rolle, ebenso bei der Gründung von Banken, Handelsgesellschaften und Brauereien.

Nach dem Zweiten Weltkrieg baute Bogotá zunächst geschäftliche, dann diplomatische Beziehungen zu beiden deutschen Staaten auf. Heute exportiert Kolumbien Kaffee, Bananen, Schnittblumen und andere landwirtschaftliche Produkte wie Palmöl, importiert werden vor allem Maschinen und Elektrogeräte. Deutschland gehört aber auch zu den wichtigsten Abnehmern kolumbianischen Erdöls. Seit Juni 2011 ist Kolumbien der größte Steinkohlelieferant für deutsche Kraftwerke und beliefert unter anderem E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. „Kolumbien ist bereits heute ein sehr gefragter Standort für die Wirtschaft“, erklärte Außenminister Guido Westerwelle anlässlich seines Kolumbienbesuchs. „Wir haben großen Respekt davor, wie entschlossen die Kolumbianer in den letzten Jahren die Sicherheit, die Rechtsstaatlichkeit und die nationale Versöhnung in ihrem Land vorangebracht haben,“ sagte er 2011 in Bogotá.

Unter den Augen der Armee – Deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Kriegsgebiet

Trotz heftiger Kritik engagiert sich die „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ (GIZ) auf Anweisung von Entwicklungsminister Dirk Niebel erstmals in einem Bürgerkriegsgebiet, das unter Kontrolle des Militärs steht. Es geht um Umweltschutz und Landtitel für Kleinbauern in der Region Macarena. Kirchliche Entwicklungsorganisationen warnen aber vor einer Zusammenarbeit mit Kolumbiens Armee, der viele Verbrechen vorgeworfen werden. „Nach wie vor handelt es sich um eine Konfliktsituation, in der Menschenrechte und das internationale humanitäre Recht schwer verletzt werden“, schreiben Caritas International, Diakonie Katastrophenhilfe, Misereor und weitere Organisationen in einem Bericht. Macarena ist eine Hochburg der FARC-Guerilla. Die Militärpräsenz ist stark.

In der ersten Jahreshälfte 2011 haben die Gefechte zwischen linker Guerilla, Armee und rechten Paramilitärs in der Macarena-Region sogar wieder zugenommen. Kirchliche Werke



Dirk Niebel (3.v.li.), Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung während eines Besuchs bei IDIPRON¹, Bogotá, 2010

prangern Vertreibungen, Überfälle und Tötungen an. Auch versuchen Aufständische, Kindersoldaten zu rekrutieren. In dieser Region sollen deutsche Experten „vertrauensbildende Maßnahmen“ entwerfen. Niebel versteht das 500.000 Euro teure Vorhaben als politisches Signal: „Kolumbien ist eine der stabilsten Demokratien in Lateinamerika und bedarf der Unterstützung der freien Welt“, sagte er bei seinem Kolumbienbesuch im November 2010.

Seit Juli 2011 macht sich die GIZ für eine „partizipative Umsetzung der Umweltordnung“ in einem 35.000 Quadratkilometer großen Naturschutzgebiet in der Macarena-Region stark. Ziel ist es, die Besitzverhältnisse zu klären, damit Kleinbauern dort in Ruhe und umweltschonend leben und arbeiten können. Hilfsorganisationen bezweifeln aber, dass das in einem Kriegsgebiet funktioniert. Kolumbianische GIZ-Mitarbeiter organisieren unterdessen in der Provinzhauptstadt Villavicencio Workshops mit Regierungsfunktionären, Akademikern und Kirchenleuten. Wie Entwicklungsexperten aus den USA und den Niederlanden agiert die GIZ nun im Kontext des zivil-militärischen Aufstandsbekämpfungsprogramms PCIM („Integraler Konsolidierungsplan La Macarena“). Sämtliche staatlichen Aktivitäten stehen unter der Regie der Armee, die Zivilbevölkerung befindet sich zwischen den Fronten: Nicht vergessen ist, dass hunderte Kleinbauern in den vergangenen Jahren massakriert wurden, Tausende fliehen mussten oder vertrieben wurden. Der Kokainhandel floriert. Der Plan zur „Wiedergewinnung

der Regierbarkeit“ sei bislang nur begrenzt erfolgreich, räumt auch die GIZ ein. Peter Luhmann, GIZ-Büroleiter in Bogotá, gibt sich bedeckt. „Es werden bereits viele Programme zur Raumordnung und Landtitulierung durchgeführt und international gefördert“, sagt der Experte zur Situation in Kolumbien. Oft werde aber zu wenig koordiniert. Die Deutschen könnten nun als „ehrliche Mittler“ zur Vertrauensbildung beitragen und einen „bescheidenen Beitrag zu einer kolumbianischen Lösung“ leisten, glaubt er. Partner kirchlicher Hilfswerke aus der Region berichten dagegen, dass sowohl die Guerilla als auch rechts-extreme Paramilitärs einer „Revolutionären Antiterroristischen Volksarmee“ wieder aktiver werden. Beide Seiten mordeten, schüchterten die Zivilbevölkerung ein und versuchten mit Gewalt, Jugendliche zu rekrutieren. Hin und wieder treten Soldaten zusammen mit Paramilitärs auf. Immer mehr Familien fliehen aus den ländlichen Gebieten. Der Staat konzentriert sich derweil auf den Ausbau der Infrastruktur. Vom Bau neuer Straßen durch die Armee profitieren vor allem Unternehmer: Ölpalmenplantagen boomen, in der Folge müssen immer mehr Kleinbauern wegziehen. „Wir wollen nicht die Agroindustrie fördern, sondern eine rationale Nutzung des Landes, damit der Lebensraum der Kleinbauern erhalten wird“, sagt hingegen der GIZ-Verantwortliche Luhmann.

Gerhard Dilger

ist taz-Südamerikakorrespondent in Porto Alegre, Brasilien.

Bildquelle: „Ambrosius Alfingers Zug nach Neugranada“ (1532), Holzstich, unbez., um 1880“; © dpa/picture alliance

Bildquelle: © dpa/picture alliance; ¹ IDIPRON bietet Bildungsprogramme für Kinder und Jugendliche an zur Abkehr der Gewalt auf den Straßen in den Elendsvierteln von Bogotá.



02_

Kolumbien nach der Ära Uribe



Bildquelle: Juan Manuel Santos ist der große Gewinner der Präsidentschaftswahlen im Wahljahr 2010; www.flickr.com/www.eltiempo.com/CEET/Jaiver Nieto (CC BY-NC 2.0)



Bildquelle: „Am 16. Mai 1998 brachten Mitglieder der paramilitärischen Gruppe AUC sieben Menschen um und verschleppten fünfundzwanzig weitere Personen. Nach dem Mordorganisierten die Einwohner von Barrancabermeja (Bogotá) einen „Bürgerstreik“.

Als ein Kommuniqué der Paramilitärs die „Verurteilung, Hinrichtung und Verbrennung“ der Verschwundenen ankündigte, versammelten sich Tausende zu einer symbolischen Totenwache um fünfundzwanzig leere Särge“, www.cpt.org (CC BY-NC-SA 3.0)

02_Kolumbien nach der Ära Uribe

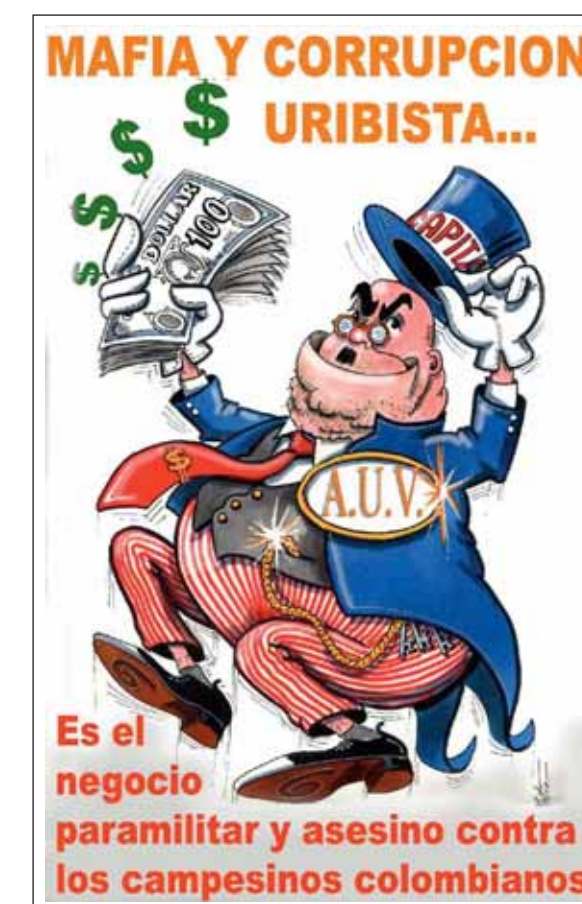
José Antonio Piedrahita ist Zeitungsverkäufer. Jeden Morgen fährt er vor Sonnenaufgang mit dem Fahrrad aus seinem in den Armenvierteln Medellín gelegenen Haus in die Innenstadt. Sein Ziel ist die kleine Fußgängerzone vor dem ehemaligen Museum für moderne Kunst. Hier legt der 51-jährige Piedrahita seine Zeitungsstapel aus, sieben Tage die Woche. Piedrahita ist „selbständig“, d. h. er arbeitet ohne jede soziale Absicherung. Auf die Frage nach seinem Befinden antwortet der ruhige, früh gealterte Mann an diesem Tag: „Es geht. Sie haben meinen Sohn erschossen. Bei uns in der Comuna 13. Er hat einen Weg genommen, den er nicht nehmen durfte.“ Die Schilderung Piedrahitas klingt gefasst, beinahe teilnahmslos. Wie viele Kolumbianer wählt auch der Zeitungsverkäufer einen irritierend neutralen Ton, wenn er von der ihn betreffenden Gewalt spricht. Der Sohn sei kein Bandenmitglied gewesen, es habe sich auch nicht um eine Racheaktion oder einen Raub gehandelt. Er sei einfach die falsche Straße entlang gegangen.

Man hat als Zuhörer das Gefühl, Piedrahita bemühe sich, den Tod des Sohns nicht zu erklären. Der Zeitungsverkäufer will nicht über mögliche Gründe nachdenken; auch an die Geschichte seines Viertels, das als eines der gewalttätigsten Barrios der Dreimillionen-Metropole Medellín gilt, will er sich nicht erinnern. Der Tod des Sohnes wird auf diese Weise zur Naturkatastrophe, der man nicht entkommen kann: Zur falschen Zeit am falschen Ort.

Die Law-and-Order-Politik: Verlagerung der Gewalt

In europäischen Medien heißt es gewöhnlich, die Gewalt habe in Kolumbien während der Amtszeit von Präsident Álvaro Uribe (2002–2010) spürbar abgenommen. Tatsächlich erfreut sich Kolumbien bei ausländischen Investoren heute wieder größter Beliebtheit. Siemens errichtet im Land zur Zeit einen der größten und modernsten lateinamerikanischen Produktionsstandorte. Die transnationalen Öl- und Bergbaukonzerne reißen sich um kolumbianische Schürflizenzen. Anders als vor zehn Jahren, als transnationale Unternehmen fast sicher mit der Entführung ihrer Manager rechnen mussten, sind die Risiken für das leitende Personal heute überschaubar. Die Wohnviertel der Mittel- und Oberschicht sind sicherer geworden, die Überlandstraßen, 2002 noch in den Händen der Guerillas, sind heute wieder gut be-

fahrbar. Bei diesen Erfolgsmeldungen wird jedoch unterschlagen, dass sich die Gewalt vielfach nur verlagert hat. Am Beispiel Medellín zeigt sich das deutlich: Anfang des Jahrtausends nahm die Mordrate in der Stadt, die wegen des Drogenhandels schon lang als eine der gewalttätigsten Metropolen weltweit gilt, deutlich ab und blieb drei Jahre auf relativ niedrigem Niveau, um dann wieder stark anzusteigen. Seit 2009 (also noch unter der Regierung Uribe) zählt man wieder 2.000 Morde jährlich in der Stadt: fast so viel wie in den 1990er Jahren.



Kritik an der Regierung Uribe: Mafia und Korruption – paramilitärische Geschäfte und Mord an kolumbianischen Bauern

Woran liegt es, dass die Gewalt in den Großstädten trotz der Law-and-Order-Politik nicht wirklich zurückgeht? Der Fall der Mordrate im Jahr 2002 hatte nicht etwa mit einer erfolgreichen Sicherheitspolitik der Regierung zu tun. Der Rückgang war vielmehr der Tatsache geschuldet, dass Armee und die mit ihnen verbündeten paramilitärischen „Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens“ (AUC) in einer blutigen Offensive mehrere bis

Bildquelle: © Artistas Antimperialistas/www.colombia.indymedia.org



dahin von der Guerilla kontrollierte Armenviertel eroberten, darunter auch die Comuna 13. Die offizielle Mordrate fiel, weil nun erstens die Herrschaft der Paramilitärs in der Stadt unangefochten war und zweitens im Rahmen von Säuberungen Hunderte von Jugendlichen einfach „verschwanden“. Anders ausgedrückt: Die Morde der Paramilitärs wurden ganz einfach nicht registriert. Allein unter einem Schuttplatz im Westen Medellíns sollen mehrere Hundert Tote verscharrt worden sein.

Die Friedhofsruhe hielt jedoch nicht lang an. Zwischen 2003 und 2006 demobilisierten sich die AUC-Paramilitärs im Rahmen eines Abkommens mit der Regierung. Mehr als 30.000 ehemalige „Kämpfer“ der Todesschwadronen wurden „ins Zivilleben eingegliedert“. In der Folge nahmen die politischen Auftragsmorde ab, dafür werden seitdem mehr Morde zur Kontrolle von Stadtvierteln und Drogenumschlagsplätzen begangen. Die kolumbianische Regierung erklärt die neue Gewaltwelle damit, dass sich demobilisierte Paramilitärs in kriminelle Banden – sogenannte BACRIMS – verwandelt hätten. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn auch die AUC-Paramilitärs, die zwischen 1994 und 2006 Zehntausende von Morden an Gewerkschaftern, Linken, Indígenas, Kleinbauern oder Guerilla-Unterstützern begangen haben, waren im Prinzip eine BACRIM ohne eigene politische Ziele. Ihre Führer stammten fast ausnahmslos aus den Reihen der organisierten Kriminalität, so etwa die berüchtigten Castaño-Brüder Carlos, Fidel und Vicente (die einst zum Umfeld des Drogen-Capos Pablo Escobar gehört hatten) oder die Nummer 3 der AUC, Diego Murillo alias „Don Berna“, der seine Karriere als Berufskiller in Medellín begann. Politisch waren die AUC-Paramilitärs nur in dem Sinne, als sie für Geheimdienste, Politiker, Unternehmer und Militärs Auftragsmorde verübten und dafür ungestört ihren illegalen Geschäften nachgehen konnten.

Dass die Gewalt in den Armenvierteln heute wieder eskaliert, hat mit der Zersplitterung der Organisierten Kriminalität zu tun. Solange die AUC existierten, gab es eine Art Dachverband der kolumbianischen Warlords. Heute hingegen kämpfen Hunderte von mittleren und kleinen Gruppen um die Macht. Jede von ihnen muss territoriale Kontrolle unter Beweis stellen und untersagt deshalb den Bewohnern aus Nachbarvierteln, das eigene Barrio zu durchqueren. Allein aus diesem Grund musste der Sohn des Zeitungsverkäufers Jose Antonio Piedrahita sterben.

Von der Regierung Uribe zu Präsident Santos

Offensichtlich war die Sicherheitspolitik der vergangenen Jahre also längst nicht so erfolgreich wie gemeinhin unterstellt. Doch auch in anderer Hinsicht dümmert vielen Kolumbianern heute, dass sich die Ára Uribe in erster Linie für ausländische Investoren, Vermögensbesitzer und Touristen ausgezahlt hat. Die soziale Ungleichheit ist ungemindert hoch und gehört zu den

größten der Welt. Die lateinamerikanische Wirtschaftskommission CEPAL spricht von einem GINI-Koeffizienten von 0,58 (in Deutschland liegt der Indikator, mit dem die Einkommensungleichheit gemessen wird, bei 0,28, in den USA bei 0,47). Besonders die Landkonzentration hat sich unter Präsident Uribe, selbst ein Großgrundbesitzer, weiter verschärft. Von den mindestens vier Millionen Hektar Land, die Paramilitärs kolumbianischen Kleinbauern geraubt haben, ist kaum etwas an die Opfer zurückgegeben worden. Und auch von einer echten Aufarbeitung der Kriegsverbrechen ist das Land weit entfernt. 2008 liefert die Uribe-Regierung die AUC-Kommandanten in einer Nacht-und-Nebel-Aktion in die USA aus und stellte damit scheinbar Härte unter Beweis. Doch letztlich diente die Aktion vor allem dazu, weitere Aussagen der Paramilitär-Chefs über Hintermänner und Auftraggeber ihrer Verbrechen vor einheimischen Gerichten zu verhindern.



Álvaro Uribe Velez während einer Lateinamerika-Konferenz im Kongresszentrum des World Economic Forum in Cartagena, Kolumbien, April 2010

Bildquelle: www.flickr.com/WorldEconomicForum/www.weforum.org/AndrésEspinoza/editorgeneral@fotoeditores.com (CC BY-NC 2.0)



Uribe-Karikatur 2009: In seiner Rolle als Vermittler zwischen Venezuela und Kolumbien fordert Brasiliens Staatschef Luiz Inácio „Lula“ da Silva (links) Präsident Álvaro Uribe auf, schriftlich zu bestätigen, dass die neu errichteten US-amerikanischen Armeebasen nicht dazu missbraucht werden, um in Kolumbiens Nachbarstaaten einzufallen. Im Bildhintergrund: die Präsidenten von Ecuador und Venezuela – Rafael Correa Delgado und Hugo Chávez

Besonders empört ist die kolumbianische Öffentlichkeit aber vor allem darüber, dass die Korruption unter dem rechten Saubermann Uribe offensichtlich florierte: Gegen fast alle seiner Mitarbeiter laufen heute Strafverfahren, sein Geheimdienstchef, sein Landwirtschaftsminister und der Leiter seines Präsidialamts sitzen im Gefängnis, weil sie Morde in Auftrag gaben, staatliche Subventionen an Großgrundbesitzer verteilten oder den Geheimdienst instrumentalisierten, um Oppositionelle, Journalisten und Richter auszuspionieren. Auch in dieser Hinsicht waren die Verhältnisse in Medellín besonders drastisch: 2008 wurden der leitende Regionalstaatsanwalt Guillermo Valencia, ein Bruder von Uribes Innenminister Fabio Valencia, und der Besitzer des größten kolumbianischen Wachschutzunternehmens verhaftet, weil sie mit der Mafia-Organisation Oficina de Envigado zusammenarbeiteten. Eine plausible Allianz: Der Staatsanwalt schützte die Capos der Mafia vor strafrechtlicher Verfolgung, die kriminelle Organisation hielt sich in den besseren

Bildquelle: www.uribestiaro.wordpress.com (o. V.)

Bildquelle: Schutzmaske – „Schützen Sie sich vor der Uribe-Pest“, www.colombia.indymedia.org (o. V.)



Vierteln zurück und das im Auftrag der Uribe-Regierung arbeitende Wachschutzunternehmen, bei dem zahlreiche demobilisierte Paramilitärs angestellt sind, garantierte Sicherheit.

Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, warum der seit 2010 amtierende Präsident Juan Manuel Santos auf Distanz zu seinem Vorgänger gegangen ist. Obwohl auch Santos der regierenden „Sozialen Partei der Nationalen Einheit“ angehört und Uribe als Verteidigungsminister diente, hat er, für viele Beobachter völlig überraschend und gegen den ausdrücklichen Willen seines Vorgängers, mehrere Reformen auf den Weg gebracht. So hat die Santos-Regierung Gesetze zur Entschädigung der Kriegsoffer und zur Rückgabe geraubten Landes verabschiedet, sie hat angekündigt, besonders gewerkschaftsfeindliche Leiharbeitsregelungen aufzuheben, und sich um eine Annäherung an die lateinamerikanischen Nachbarstaaten bemüht. Während Präsident Uribe keine Gelegenheit ausließ, um den Konflikt mit Venezuelas Staatschef Hugo Chávez anzuheizen, pflegt die Santos-Regierung demonstrativ gute Beziehungen zu den links-regierten Nachbarstaaten. Dieser außenpolitische Kurswechsel drückt sich auch darin aus, dass die oppositionelle kolumbianische Sozialdemokratin María Emma Mejía auf Vorschlag von Präsident Santos zur Generalsekretärin der südamerikanischen Staatengemeinschaft UNASUR ernannt wurde.

In Anbetracht dieser Veränderungen haben europäische Medien von einem „Linksruck in Kolumbien“ gesprochen. Doch diese Interpretation hat mit der Realität wenig zu tun. Anders als sein Vorgänger Uribe, der eher den Typ „Aufsteiger aus der Provinz“ darstellt, stammt Santos aus den traditionellen Bogotáner Politeliten. Sein Großonkel war bereits in den 1930er Jahren Präsident, der Familie gehört der wichtigste Medienkonzern des Landes und Juan Manuel Santos selbst saß seit 1991 unter fast jedem Präsidenten mit am Kabinetttisch: als Außenhandels-, Finanz- und schließlich Verteidigungsminister. Seine moderate Politik hat dementsprechend wenig mit kritischen Überzeugungen zu tun, sondern ist machtpolitischen Kalkülen geschuldet: Die traditionelle Oberschicht weiß, dass eine weitere Militarisierung des Landes zu einem Boomerang werden kann (indem sie die aufstrebende, mit der Mafia verflochtene Provinz-Bourgeoisie stärkt und Armutsproteste provoziert), und will deshalb Sozialreformen vorantreiben. Sie erkennt, dass die Hegemonie Washingtons im Verfall begriffen ist und setzt auf engere Beziehungen zu Brasilien, den südamerikanischen Nachbarn und den asiatischen Staaten. Gleichzeitig setzt sie aber weiter auf einen klar neoliberalen Kurs. In diesem Sinne treibt auch die Santos-Regierung die Privatisie-



Der paramilitärische Bloque Elmar Cárdenas auf dem Weg zu seiner Demobilisierung am 15. August 2006. Im Vordergrund Kommandant „El Alemán“ und Luis Carlos Restrepo, der Friedenskommissar der kolumbianischen Regierung.

rung der Hochschulen voran und überlässt transnationalen Unternehmen das Land für Bergbauprojekte und Monokulturen. Nach Angaben kolumbianischer NGOs haben Bergbaukonzerne für 40 Prozent des Landes Konzessionsanträge gestellt. Die sozialen und ökologischen Kosten des rohstoffzentrierten Entwicklungsmodells sind hoch – sowohl Bergbau- als auch Plantagenwirtschaft ziehen die Vertreibung von Indígenas und Bauern und massive Naturzerstörung nach sich. Dass die Santos-Regierung 2011 Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA durchdrückte, wird diesen Prozess noch weiter beschleunigen.

Besiegte Guerilla und nun Friedensverhandlungen?

Obwohl man also skeptisch bleiben muss, ob sich in Kolumbien etwas zum Besseren wendet, gibt es in einer Hinsicht Anlass für verhaltenen Optimismus. Zum ersten Mal seit langem wird wieder über eine Verhandlungslösung des seit 50 Jahren schwelenden bewaffneten Konflikts gesprochen.

Die Guerillaorganisationen FARC und ELN sind in den vergangenen Jahren stark geschwächt geworden – nicht zuletzt

aufgrund der massiven Militärhilfe aus den USA. Seit 1999 hat Washington Waffen, Militärberatung und Finanzhilfen im Wert von mehr als 7 Milliarden US-Dollar an Kolumbien geliefert. Das hat die Haltung der Guerilla gegenüber Verhandlungen spürbar geändert. Besonders die militaristisch auftretenden FARC haben lange Zeit nicht auf eine Verhandlungslösung gesetzt. Zu groß war der Glaube an die eigene militärische Stärke. Nach Hunderten von Desertionen und schweren militärischen Niederlagen ist diese Überzeugung heute gebrochen. Die Guerilla weiß, dass sie militärisch nicht siegen kann und politisch marginalisiert ist.

Doch auch der kolumbianische Staat hat heute ein größeres Interesse an Verhandlungen als vor fünf oder zehn Jahren. Die Militärausgaben liegen mit 4% des Bruttoinlandsprodukts so hoch wie in keinem anderen südamerikanischen Land. Vor allem die Pensionskosten werden für den kolumbianischen Staat kaum zu bewältigen sein, wenn der Militärapparat nicht bald wieder reduziert werden kann. Zudem drängen die Regierungen der Nachbarländer auf eine Lösung des bewaffneten Konflikts, der die ganze Region destabilisiert. Doch so positiv eine Verhandlungslösung des bewaffneten

Konflikts wäre, für den Zeitungsverkäufer José Antonio Piedrahita sind solche Debatten unendlich weit weg. Die Armenviertel Medellíns sehen auf den ersten Blick weniger elend aus als andere Slums in Lateinamerika, aber Untersuchungen besagen, dass Hunger und Unterernährung in der Stadt weit verbreitet sind. Anders als etwa in Caracas, wo man kaum noch Bettler auf den Straßen sieht, sind die kolumbianischen Städte voll mit Obdachlosen. Von Sozialreformen, die bei Menschen wie José Antonio Piedrahita ankommen, ist Kolumbien weit entfernt. Und schließlich werden sich politische Gespräche zwischen Regierung und Guerilla auf die Gewalt der Banden kaum auswirken.

„Das Leben geht weiter“, sagt Piedrahita neben seinem Zeitungstapel. Für Menschen wie ihn geht es in Medellín immer irgendwie weiter – bis man zufällig und ohne Schuld zur falschen Zeit am falschen Ort ist.

Raul Zelik

ist Professor für Politik an der Nationaluniversität Kolumbiens in Medellín.



03_„Die Gewerkschaften müssen die neuen Freiräume nutzen“

Eine kritische Bestandsaufnahme von José Luciano Sanín Vásquez, dem Direktor der Nationalen Gewerkschaftsschule ENS (Escuela Nacional Sindical), nach acht Jahren Uribe und einem Jahr Santos:

Herr Sanín, mit dem Amtsantritt von Präsident Juan Manuel Santos im August 2010 gingen die acht bleiernen Jahre unter Álvaro Uribe zu Ende. Was ändert sich dadurch für Kolumbiens Gewerkschaften?

Es wird schwer sein, den Rekord von arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Aktionen zu überbieten, den Uribe aufgestellt hat. Er attackierte und stigmatisierte die Gewerkschaften, blockierte die Arbeitsagenda und unterstützte die Unternehmer bedingungslos. Durch neue Gesetze höhle er die Arbeiterrechte weiter aus. Leider knüpft Santos in vielem an Uribes Politik an.

Inwiefern?

Auch er hängt den neoliberalen Dogmen an, und bei der Umsetzung von Freihandelsabkommen ist er sogar erfolgreicher als Uribe. Die Gesetze im Interesse der großen Unternehmen wird er eher noch in deren Sinne ausweiten.

Auch für eine nationale Industriepolitik oder die Ausweitung des Binnenmarktes hat Santos wenig übrig. Das Haushaltsdefizit will er über eine weitere Privatisierung von 10 Prozent des staatlichen Ölkonzerns Ecopetrol auffangen. Wenn ihm das nicht gelingt, wird er eine ähnlich rückwärts gewandte Steuerreform wie Uribe umsetzen.

Manche hoffen, er könnte durch Gespräche mit der Guerilla das Ende des jahrzehntelangen Krieges einleiten...

Zunächst einmal liegt der Schwerpunkt weiterhin auf „Sicherheit“. Santos plant sogar, die Militärgerichtsbarkeit wiederherzustellen, wodurch die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen durch Soldaten weiter erschwert würde. Eine politische Reform ist für ihn ebenso wenig ein Thema wie die Wiederherstellung der Gewaltenteilung. Aber immerhin hat er die Existenz des bewaffneten Konflikts anerkannt und schließt Friedensverhandlungen nicht aus. Menschenrechtsthemen wie

das Los der internen Flüchtlinge oder die Repression gegen Gewerkschafter sind ebenfalls nicht mehr tabu.

Drei Jahre lang hatte der jetzige Staatschef seinem Vorgänger loyal als Verteidigungsminister gedient. Wie erklären Sie sich seine Akzentverschiebungen?

Uribe vertrat, ja, er organisierte die ländliche Oligarchie und die mafiösen Paramilitärs. Santos hingegen repräsentiert die moderne neoliberale Oligarchie. Auch hat er einen anderen Stil: Ihm gelingt es, die Polarisierung in der öffentlichen Debatte und in der Politik zu überwinden. Damit schafft er Freiräume, in denen eine andere politische Agenda entwickelt werden könnte – Uribe hat das immer blockiert.

Was verspricht sich Santos davon?

Da er Sektoren jenseits der fanatischen Uribistas an seine Regierung herangeführt hat, etwa die Liberale Partei, kann er leichter regieren. Auch zur Drogenmafia oder zu Politikern und Unternehmern, die mit den Paramilitärs verbandelt sind, geht er auf Distanz. International baut er dadurch die Vorbehalte ab, die zumindest einige Regierungen gegenüber Uribes Menschenrechtspolitik hatten – eine Folge war die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den USA, wodurch die Unterwerfung Kolumbiens fortgeschrieben wird.



Santos setzte sich bei der Präsidentschaftswahl 2010 gegen seinen Grünen Kontrahenten, den ehemaligen Mathematikprofessor Antanas Mockus durch.



ENS-Direktor José Luciano Sanín Vásquez

Sehen Sie dennoch hoffnungsvolle Ansätze?

In der Landwirtschaftspolitik nähert sich Santos den produktiven und modernen Sektoren an, zudem hat er die Rückgabe von Land an Kleinbauern auf die Tagesordnung gesetzt. Aber nach acht Jahren Uribismo sind die sozialen Bewegungen geschwächt und in der Gefahr, ihre Autonomie zu verlieren. Die demokratische Linke hat mit Spaltungen und großen internen Schwierigkeiten zu kämpfen. Deswegen ist sie kaum in der Lage, Oppositionspolitik zu machen oder sich gar in eine Alternative zu verwandeln.

Wie ist die Lage der kolumbianischen Arbeiter heute?

In Kolumbien gibt es zu wenig decent work, also menschenwürdige Arbeit. Noch immer werden die Arbeiter und ihre Organisationen systematisch ausgegrenzt. Sozialer Dialog und kollektive Verhandlungen finden nur in Ansätzen statt. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Einkommen niedrig, hinzu kommt oft eine fehlende soziale Absicherung. Besonders benachteiligt sind Jugendliche und Frauen.

Können Sie das konkretisieren?

Wir haben eine strukturell hohe Arbeitslosigkeit von über 12 Prozent. Über 2,5 Millionen Menschen sind arbeitslos, sie bekommen jedoch weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Fast die Hälfte von ihnen sind Jugendliche unter 25 Jahren. 58 Prozent der Kolumbianer sind im informellen Sektor beschäftigt. Diese Arbeiter sind nicht in der Lage, ein Lebensprojekt zu planen. Sie haben lange Arbeitstage, sind aber mit wenig produktiven Tätigkeiten beschäftigt und sozial nicht abgesichert.

Was verdient ein kolumbianischer Arbeiter?

Die Hälfte verdient weniger als den gesetzlichen Mindestlohn von umgerechnet 200 Euro, ein weiteres Viertel weniger als zwei Mindestlöhne.

Wieviele von ihnen sind überhaupt gewerkschaftlich organisiert?

Nicht einmal eine Million, also weniger als 5 Prozent. Weniger als 2 Prozent haben ihre Rechte über kollektiv ausgehandelte Verträge gesichert.

Was tun die Gewerkschaften dagegen?

Die neuen Freiräume habe ich bereits erwähnt. Santos hat das Arbeitsministerium wiederbelebt, an der Debatte über seine Rolle und seine institutionelle Ausgestaltung müssen wir uns beteiligen. Wir müssen auch Vorschläge für menschenwürdige Arbeit auf kommunaler Ebene entwickeln. Die Diskussionen über eine Verbesserung des Rentensystems und eine Lohnpolitik mit Verteilungseffekten sind ebenfalls wichtig.

Ausgehend von den Empfehlungen der ILO-Kontrollorgane wollen wir die Freiräume für Gewerkschaftsarbeit ausweiten. Dabei geht es um Kollektivverhandlungen, auch im öffentlichen Sektor, oder die Regelung des Streikrechts nach ILO-Normen. Wir brauchen eine neue, demokratische Rolle für die Gewerkschaften. Wir müssen uns überlegen, wie wir wieder wachsen können und uns im Kampf um die Formalisierung der Arbeitsverhältnisse von Millionen Menschen neu aufstellen.

Die Gewalt gegen Gewerkschafter hält jedoch an...

Ja, dagegen tut die Regierung noch viel zu wenig. Kurzfristig fordern wir Entschädigungsregelungen.

Was erhoffen Sie sich von Ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen?

Druck auf die Regierung bleibt wichtig. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien wäre ein weiterer Rückschlag für uns – vermutlich aber auch für viele Arbeiter in Europa. Leider nimmt die internationale Unterstützung spürbar ab, auch finanziell. Dadurch sind viele zivilgesellschaftliche Organisationen, die in den letzten 20 Jahren den sozialen und demokratischen Rechtsstaat verteidigt haben, in ihrer Existenz bedroht.



04_

Wirtschaftsinteressen vor Menschenrechte – Landraub, Drohungen, Morde



Bildquelle: „Am 14. Juli 2009 wurden 123 Familien im Auftrag des Palmölunternehmens Daabon gewaltsam durch Mitglieder der kolumbianischen Polizei und von Spezialeinheiten von ihrem Grundstück Las Pavas vertrieben. Las Pavas liegt im Bezirk Buenos

Aires der Gemeinde El Peñon im Süden der kolumbianischen Provinz Bolivar“, Stewart Vriesinga/www.cpt.org (CC BY-NC-SA 3.0)



04_Wirtschaftsinteressen vor Menschenrechte – Landraub, Drohungen, Morde

Am 7. Juni 2011 wurde Ana Fabricia Córdoba in einem Bus in Medellín erschossen. Obwohl Morde dieser Art in Medellín wieder an der Tagesordnung sind und eher Randnotizen in den kolumbianischen Medien hervorrufen, ging ein Aufschrei durchs Land. Der Fall Ana Fabricia war der vorläufige Höhepunkt in einer Serie von Morden und Anschlägen gegen soziale Führungspersonlichkeiten, die sich für ihre Rechte als Binnenvertriebene und besonders für die Rückgabe des Landes einsetzen, das ihnen bei der Vertreibung geraubt wurde.² Seit 1990 sind in Kolumbien mehr als vier Millionen Menschen vertrieben worden. Hinter dieser humanitären Katastrophe stehen konkrete Strategien, um sich Land und Territorium anzueignen. Fast sieben Millionen Hektar Land sind gewaltsam umverteilt worden. Das entspricht 13 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche.³



Die ermordete Menschenrechtsaktivistin Ana Fabricia Córdoba setzte sich für die Rückgabe von Land an vertriebene Kleinbauern ein.

Wirtschaftliche Interessen fördern den Landraub

Ein Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Organisationen hat kürzlich eine Studie vorgelegt, die zeigt, mit welchem Muster diese Vertreibungen stattfinden und wie das geraubte Land genutzt wird. Die Agroindustrie und der Bergbau erweisen sich demnach als die beiden Hauptprofiteure. Es gibt eine starke Korrelation zwischen den Munizipien, in denen industrieller Bergbau betrieben wird, und massiven Vertreibungen.⁴ Alleine das transnationale Unternehmen Anglo Gold Ashanti verfügt über Konzessionen für etwa eine Million Hektar Land in 160 Landkreisen. Gegen andere Konzerne wird ermittelt, da sie mit Paramilitärs zusammengearbeitet haben, um ihre Interessen zu sichern. Dazu gehört der Bergbaukonzern Drummond, der drei Morde gegen Gewerkschaftsführer bei Paramilitärs in Auftrag gegeben haben soll.⁵

Noch deutlicher wird die Beziehung zwischen gewaltsamer Vertreibung und wirtschaftlichen Interessen im Fall der agroindustriellen Nutzung des Landes. Im Norden der kolumbianischen Pazifikregion wurden Bauern von ihrem Land vertrieben, um dort Ölpalmen auf über 100 Hektar Fläche anzubauen, und auch im südlichen Teil des Departements Meta erfolgte die Expansion der Palme weitgehend auf Flächen, die ursprünglich von Kleinbauern genutzt wurden. Der Anbau wurde von der Regierung des Präsidenten Uribe gefördert, der 2007 erklärte, er wolle „ein Meer von Palmen“ in den südöstlichen Flachländern sehen.

Stigmatisierung, Verfolgung und Bedrohung

Die systematische Aneignung von Land auf Kosten der kleinbäuerlichen Bevölkerung zeigt den ökonomischen Hintergrund des bewaffneten Konfliktes. Doch Fälle wie der von Ana Fabricia Córdoba lassen erkennen, dass der Konflikt immer auch eine politische Dimension hat, was die Regierung immer wieder versucht hat zu leugnen. In den vergangenen zehn Jahren sind über 40 soziale Führungskräfte ermordet worden, die sich für die Rückgabe von Land der Vertriebenen eingesetzt haben – davon alleine 16 seit dem Regierungswechsel von Uribe



Bildquelle: El Tiempo/Archiv (o. V.); ² www.verdadabierta.com/index.php?option=com_content&id=3313; ³ Comisión de Seguimiento a las Políticas Públicas relacionadas con el Desplazamiento Forzado, Informe a la Corte Constitucional, Junio 2008; ⁴ Mesa Naci-

onal de Garantías: Mesa Temática sobre Situación de Defensores, Defensoras, Víctimas y Organizaciones que reclaman sus derechos a la TIERRA, los territorios y la restitución, Bogotá, 4 de abril 2011, (hekt.); ⁵ www.business-humanrights.org/Categories/Lawlaw-

suits/Lawsuitsregulatoryaction/LawsuitsSelectedcases/DrummondlawsuiteColombia; Bildquelle: „Auf einer Straße des vom Palmölkonzerns Daabon gewaltsam angeeigneten Landstücks Las Pavas (Provinz Bolívar) inmitten der neu erschlossenen Palmölplantage“.

www.cpt.org (CC BY-NC-SA 3.0)



Rodungen für Palmöl: Las Pavas – ein Gutsbetrieb in der Region des Magdalena Medio im Süden des Departamentos Bolívar. Bauern, die das Land nutzten, nachdem der vormalige Besitzer die Hacienda aufgab, wurden im Juli 2009 vom neuen Besitzer, dem Palmölkonzern Daabon, gewaltsam vertrieben. Die Firma Daabon Organic ist von ECOCERT und Bio Suisse zertifiziert und beliefert Firmen wie Coop und Nutriswiss in der Schweiz oder Rapunzel und Alnatura in Deutschland. (Quelle: ASOCAB, 05/11)

Rund 3.000 Hektar hatten die Kleinbauern in Las Pavas nach dem Vorbild ihrer Großväter, denen das Land einst gehört hatte, bewirtschaftet. Ihr Versuch, einen legalen Landtitel für den Grund und Boden zu bekommen, scheiterte an den Behörden, die Akten „verloren“.

Landraub und ökologischer Raubbau in Las Pavas in der Provinz Bolívar



5.350 Hektar Bioölpalm-Monokulturen nennt Daabon bereits sein Eigen. Hinter dem Konflikt um die 1.100 Hektar Land in Las Pavas steht die ständig steigende Nachfrage nach Palmöl in Europa.



Zur Anlage neuer Ölpalmpflanzungen rodet der Agrarkonzern Daabon in Las Pavas die vorhandenen Bäume, legt wertvolle Feuchtgebiete trocken, hebt Entwässerungsgräben aus und schüttet Dämme auf. Die industriellen Monokulturen entsprechen nicht der „ökologischen Landwirtschaft“, mit der von Daabon belieferte Biohersteller auf ihren Verpackungen werben. Dazu gehören auch enormer Wasserverbrauch für die Plantagen, katastrophale Palmölnfälle im karibischen Meer, die illegale Rodung geschützter Ufervegetation und der Bau der größten Palmöl-Dieselfraffinerie Lateinamerikas (100.000 Tonnen). Daneben erhielt Daabon 450.000 Euro aus dem staatlichen Entwicklungsfond Agro Ingreso Seguro für Kleinbauern, was einen politischen Skandal im Land auslöste. (Quelle: www.regenwald.org)



auf Juan Manuel Santos im August 2010. Zudem sind Menschenrechtsverteidiger, die sich mit diesem Thema befassen, auch von Stigmatisierungen, juristischer Verfolgung und Bedrohungen betroffen.⁶ Ein effektiver Schutz der Menschen, die auf ihr Land zurückkehren wollen, scheint nicht möglich oder nicht gewollt zu sein. Angesichts dieser Situation haben die kolumbianischen Menschenrechtsorganisationen Ende Juni 2011 den Dialog mit der Regierung über einen nationalen Aktionsplan für Menschenrechte ausgesetzt, da es keine Garantien für ihre Arbeit gebe.

Die Drohungen und Angriffe gegen die Vertriebenen und ihre Unterstützer sind möglich, obwohl die neue Regierung sich die Lösung der Landfrage auf die Fahnen geschrieben hat. Schon bei seinem Amtsantritt am 7. August 2010 verkündete Präsident Santos überraschend, dass eines der zentralen Ziele seiner Regierung sein werde, die Opfer des bewaffneten Konflikts zu entschädigen und den Vertriebenen zwei Millionen Hektar Land zurückzugeben. Die Leiter der wichtigsten Behörden für diese Aufgabe wurden ausgewechselt und ein anerkannter Experte für die Thematik als Berater im Landwirtschaftsministerium eingesetzt. Kurze Zeit später stellte die Regierung einen Gesetzentwurf für die Opfer und die Rückgabe von Land vor. Dieser wurde in beiden Kammern des Parlaments intensiv diskutiert und schließlich im Juni 2011 verabschiedet. Inwieweit diese Pläne allerdings umgesetzt werden, bleibt fraglich, denn es gibt eine Reihe von rechtlichen Problemen. Die meisten der vertriebenen Kleinbäuerinnen und -bauern haben keine Landtitel. Die Profiteure der Vertreibungen haben hingegen in vielen Fällen ihren Besitz legalisiert. Die Aufsichtsbehörde für die Notariate hat für die Regionen Montes de María und Córdoba festgestellt, dass tausende Landtitel über Netzwerke zwischen paramilitärischen Gruppen, Mitarbeitern der Agrarbehörde INCODER und korrupten Notariaten auf illegalem Weg erteilt wurden.

Internationale Verantwortung

Auch vor einem anderen Hintergrund wird deutlich, dass das Gesetz für die Opfer und die Landrückgabe eine reine Willensbekundung bleiben könnte. Die kolumbianische Wirtschaftspolitik favorisiert insbesondere jene Sektoren, in denen sich die Fälle von Landraub häufen. So identifizierte der nationale Entwicklungsplan von Präsident Santos fünf Sektoren, darunter den Bergbau- und Energiesektor, die Landwirtschaft und Infrastrukturmaßnahmen. Es findet sich allerdings keine Antwort auf die Frage, wie Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Expansion dieser Sektoren verhindert werden sollen. Zudem berichten Beobachter immer wieder,

dass die Regierung ihre Verpflichtung zur vorherigen Konsultation der Betroffenen in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht einhält oder die Befragungen nach unangemessenen Standards durchführt.

Das Verhalten der internationalen Gemeinschaft hat bei der Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien seit langem eine herausragende Rolle gespielt. Allerdings scheint es auch hier eine Tendenz zur Priorisierung wirtschaftlicher Interessen vor den Menschenrechten zu geben. Dies zeigt sich beispielsweise im geplanten Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kolumbien. Obwohl der Vertrag eine Reihe von Menschenrechtsabkommen als Referenz nennt, sieht er keinen Mechanismus zur Überprüfung dieser Abkommen vor. Angesichts des deutlichen Zusammenhangs von wirtschaftlichen Interessen und Menschenrechtsverletzungen ist ein solcher Mechanismus als Voraussetzung eines Abkommens aber dringend notwendig. Dieser muss auch Sanktionen vorsehen und die Betroffenen und die Menschenrechtsorganisationen der Zivilgesellschaft angemessen beteiligen. Sonst ist zu befürchten, dass eine Liberalisierung des Handels weiter auf Kosten weiter Teile der Bevölkerung geht. Dies zu verhindern ist eine Verpflichtung der europäischen Staaten und der EU, sie daran zu erinnern ist eine Aufgabe für uns alle.

Stefan Ofteringer

 ist MISEREOR-Berater für Menschenrechte in Kolumbien.



Vertreibung und Umweltzerstörung in der Provinz La Guajira



Die Halbwüste La Guajira an der Grenze zu Venezuela ist das traditionelle Wohngebiet der Wayuu, der größten indigenen Gruppe Kolumbiens. Deren Lebensbedingungen haben sich durch den großflächigen Tagebau der El Cerrejón-Mine – die das Schweizer Unternehmen Xstrata hält – grundsätzlich verändert. Dagegen protestierten sie mit einer Blockade der Kohlenzugstrecken. Darauf werden täglich 90.000 Tonnen Kohle der Mine an den Atlantikhafen Puerto Bolívar befördert. Die Armee fuhr mit sechs Panzern auf und stationierte Soldaten nahe am Sitz der Wayuu-Frauenorganisation. Es kam jedoch relativ schnell zu Verhandlungen und einer Einigung mit den Regierungsbehörden.



⁶ Vgl. Mesa Nacional de Garantías, a.a.o., S. 22ff.

Bildquelle Kartenansicht: TUBS/www.de.wikipedia.org (CC BY-NC-SA 3.0)

Bildquellen: El Cerrejón-Mine: Teleantioquia – pasión por lo nuestro /www.flickr.com (CC BY-NC-SA 2.0); La Guajira Wayuu-Protest: www.yoamocolombia.blogspot.com (o. V.)



05_

Gesetz für Opferentschädigung und Landrückgabe – Hoffnung bei hohem Risiko?



Bildquelle: „Die kolumbianische Bewegung der Opfer für Staatsverbrechen (MOVICE) prangert die kriminellen Strategien und Methoden des Staates und den Zustand anhaltender Straflosigkeit an und versucht, die Opfer des staatlichen Terrorismus zu einigen und

zu gruppieren. Im Kampf gegen die Straflosigkeit möchte sie bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des bewaffneten kolumbianischen Konfliktes mitwirken.“ (Quelle: www.peacebrigades.ch), © Alexandra Huck, kolko e.V.



05_Gesetz für Opferentschädigung und Landrückgabe – Hoffnung bei hohem Risiko?

Eine der ersten Ankündigungen des seit August 2010 amtierenden Präsidenten Juan Manuel Santos war eine Gesetzesinitiative zur Entschädigung der Opfer des internen bewaffneten Konflikts und zur Landrückgabe an Inlandsvertriebene. Mit dieser Initiative werden zwei Themen in Kolumbien angegangen, auf die auch Menschenrechts- und Opferorganisationen seit Jahren drängen. Der Präsident erhielt dafür im Land und international viele Vorschusslorbeere. Mit der Landfrage packt Santos ein heißes Eisen an, ist die Landverteilung und illegale Aneignung von Land doch ein Kernthema des Konflikts. Die Frage ist, ob die Initiative dazu taugt, endlich für die Opfer von Gewaltverbrechen des seit Jahrzehnten währenden bewaffneten Konflikts die lang ersehnte Gerechtigkeit zu schaffen oder ob die Hoffnungen doch wieder enttäuscht werden.

Nach zehnmonatiger Kontroverse in den politischen Gremien und innerhalb der kolumbianischen Zivilgesellschaft wurde das „Gesetz 1448“ für Opferentschädigung und Landrückgabe am 10. Juni 2011 verabschiedet. Eine Bewertung durch das Verfassungsgericht steht noch aus. Das Gesetz soll es den Opfern ermöglichen, in den Genuss ihrer Rechte auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und der Garantie auf Nicht-Wiederholung zu kommen. Insgesamt ist das Gesetz als eine

Anstrengung der kolumbianischen Regierung, sich mit zwei der wichtigsten Problematiken der kolumbianischen Gesellschaft auseinanderzusetzen, zu verstehen. Insbesondere wird gewürdigt, dass erstmals Verbrechen, für die der Staat die Verantwortung trägt, nicht außer Acht gelassen werden. Eine wichtige Voraussetzung hierfür erfüllte Präsident Santos, indem er überhaupt die Existenz eines bewaffneten Konfliktes in Kolumbien anerkannte. Sein Vorgänger Uribe hatte diese Anerkennung immer verweigert und von einem Terrorismusproblem gesprochen. Sein – gescheiteter – Gesetzentwurf sah für die Opfer von Verbrechen des Staates keinerlei Entschädigung vor. Als ein weiterer positiver Aspekt des aktuellen Gesetzes ist die vorgesehene Umkehrung der Beweislast zugunsten der Opfer im Falle von Vertreibungen zu nennen.

Die Hauptkontroversen entzündeten sich an folgenden Themen:

Definition der Zielgruppe: Als Opfer gelten alle Personen, die individuell oder gemeinsam mit anderen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen oder Verletzungen des humanitären Völkerrechts wurden sowie deren Partner/innen und Angehörige ersten Grades. Die Menschenrechtsverlet-

zung muss im Rahmen des bewaffneten internen Konflikts stattgefunden haben. Es ist dabei als Fortschritt zu bewerten, dass die Definition alle Betroffenen, unabhängig von der Identität der Täter, einschließt, dass also zum ersten Mal in der kolumbianischen Geschichte auch die Opfer von Verbrechen durch Staatsbedienstete berücksichtigt werden. Ausgeschlossen sind Angehörige der illegalen, bewaffneten Gruppen. Dies trifft für Minderjährige unter den Kombattant/innen allerdings nicht zu. Das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen weist darauf hin, dass dieser Ausschluss mit internationalen Menschenrechtsnormen nicht vereinbar ist, weil er gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung verstößt.⁷ Problematisch in der Konsequenz ist ebenfalls der Zusatz, dass der Angriff oder die Bedrohung im Kontext des Konflikts stattgefunden haben muss. Wie soll aber mit den Opfern der paramilitärischen Nachfolgegruppen umgegangen werden? Während Menschenrechtsorganisationen diese eindeutig als paramilitärische Gruppen einstufen, legt die Regierung großen Wert darauf, sie als BACRIM (bandas criminales), also als gewöhnliche Kriminelle anzusehen. Nach dieser Lesart verüben sie ihre Verbrechen nicht im Kontext des Konflikts und ihre Opfer können keine Ansprüche auf der Grundlage des Gesetzes 1448 geltend machen.



Fortsetzung der Terrorherrschaft in Kolumbien durch neue paramilitärische Gruppen (BACRIM), wie z. B. die „Aguilas Negras“ (Schwarze Adler)

Zeitlicher Rahmen: Das Gesetz 1448 hat als Teil der Übergangsjustiz einen Geltungsrahmen von zehn Jahren. Für die Opferentschädigung werden alle Verbrechen ab dem 10.01.1985 berücksichtigt. Für die Opfer von Vertreibungen allerdings wurde 1991 als Anfangsdatum festgelegt. Das Gesetz erklärt diese Ungleichbehandlung nicht.

Umfang und Art der Entschädigung: Das Gesetz sieht einerseits eine umfassende Entschädigung vor⁸ und spricht auf der anderen Seite von einer Reihe erheblicher Beschrän-

kungen. So soll die Wiedergutmachung „im Rahmen des Möglichen“ gewährleistet werden und einen „nachhaltigen Finanzhaushalt“ nicht gefährden.

Beteiligung der Betroffenen und ihrer Organisationen: Opfer- und ethnische Organisationen beklagen ihre zu geringen Beteiligungsmöglichkeiten bei der Gestaltung des Gesetzes.⁹ In seiner Endfassung wird allerdings in mehreren Artikeln ausdrücklich auf die Wichtigkeit einer aktiven Beteiligung der Betroffenen verwiesen (z. B. Art. 193).

Fallstricke

Menschenrechtsorganisationen weisen seit Beginn der Diskussionen um das Gesetz auf den gesellschaftlichen und politischen Kontext hin, in dem es umgesetzt werden soll: In Kolumbien kann bis heute nicht von einer Post-Konfliktsituation ausgegangen werden. Die potenziell Begünstigten von Entschädigungsleistungen oder Landrückgabe tragen das Risiko, dass ihnen beides in kürzester Zeit wieder abgenommen wird und sie erneut zu Opfern werden. Denn illegale, bewaffnete Gruppen sind nach wie vor aktiv und bestimmen in weiten Teilen des Landes das soziale, politische und wirtschaftliche Leben. Auch wenn die Guerillagruppen FARC und ELN in den vergangenen Jahren militärisch geschwächt wurden, so haben sie ihre Schlagkraft für punktuelle Aktionen nicht eingebüßt und üben in den Gebieten, in denen sie präsent sind, starken Einfluss aus.

Gleichzeitig muss der formell im Juli 2007 abgeschlossene Demobilisierungsprozess der paramilitärischen Gruppen als weitestgehend gescheitert angesehen werden, denn ihre Strukturen sind nach wie vor intakt: In fast allen 32 Departements sind paramilitärische Nachfolgegruppen präsent und aktiv. In den Regionen der großen Vertreibungen sind sie eng mit lokalen Eliten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie Teilen der Sicherheitskräfte verwoben. Sie sind verantwortlich für einen großen Teil der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien.¹⁰

Das Gesetz 1448 erkennt folgerichtig an, dass spezielle Schutzmaßnahmen für Opfer, Rückkehrer/innen und deren Vertreter/innen notwendig sind und sieht diese in den Artikeln 31 und 32 auch vor – verweist allerdings darauf, dass sie im Wesentlichen im Rahmen der bereits bestehenden Gesetze angewandt werden sollen. Ein Blick auf diese Sicherheitsgarantien zeigt jedoch ein beängstigendes Bild: Im ersten Regierungsjahr von Santos stiegen die Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger/innen massiv an. Der jüngste Bericht von Somos Defensores dokumentiert die Ermordung von 29 Menschenrechtsverteidiger/innen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2011.¹¹



Mitglieder der MOVICE demonstrieren in Bogotá für Wahrheit, Gerechtigkeit, Entschädigung und das Recht auf Nicht-Wiederholung.



Auch das lokale Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen sieht die größte Herausforderung im Schutz der beteiligten Personengruppen: Opfer, Staatsbedienstete und Rückkehrer/innen.¹² Derzeit hindern Drohungen und Morde Vertriebene massiv daran, ihr Land zurückzufordern.

Als weiterer Fallstrick erweist sich das kolumbianische Entwicklungsmodell, das auf Bergbau und exportorientierte Landwirtschaft als Entwicklungsmotoren setzt: Während das Gesetz zur Landrückgabe einerseits suggeriert, dass Eigentumsrechte der Opfer von Vertreibung anerkannt werden, geht aus seinem Artikel 99 hervor, dass sie nicht die volle Entscheidungsgewalt über die Nutzung ihres Landes zurückbekommen werden. Wenn das geraubte Land für agroindustrielle Produktion oder Bergbau genutzt wird und die aktuellen „Besitzer/innen“ es „in gutem Glauben“ gekauft haben, erhalten die Opfer zwar Landtitel, aber sie müssen an die aktuellen Nutzer verpachten. Es handelt sich hierbei keineswegs um wenige Einzelfälle – im Gegenteil: Riesige Landflächen, die z. B. afrokolumbianische oder indigene Gemeinschaften vor ihrer Vertreibung für kleinbäuerliche Landwirtschaft genutzt haben, werden zurzeit von agroindustriellen Firmen bewirtschaftet. Nach Einschätzung von Anwaltsorganisationen wird es extrem schwierig nachzuweisen, dass die Firmen das Land nicht in gutem Glauben gekauft haben – ging es doch vorher durch die Hände mehrerer Strohmänner. In Kolumbien wird bereits von „Landwäsche“ gesprochen und von der Legalisierung geraubten Landes durch das Gesetz 1448, das eigentlich zur Landrückgabe gedacht war.



Blutbefleckte Palmölindustrie: Gegen 24 Produzenten aus der Chocó-Region wurde Haftbefehl wegen Landraub und gewaltsamer Vertreibung erlassen.

Obwohl von sechs bis zehn Millionen Hektar gewaltsam umverteilten Landes ausgegangen wird, hat die Regierung zunächst nur den Anspruch zwei Millionen Hektar zurückzugeben: Dennoch ein anspruchsvolles Ziel. Die Zahl der ermordeten Bauernführer/innen in den letzten Monaten macht deutlich, dass um jeden Hektar erbittert und mit brutalsten

Methoden gekämpft wird.¹³ Und auch dies ist richtig: Das Gesetz 1448 dient dazu, Landtitel in großem Umfang zu vergeben und ein Kataster über Landbesitz zu erstellen. Die Klärung der Besitzverhältnisse schafft Investitionssicherheit für große Investoren. Weil damit erhebliche Landflächen auf den Markt geworfen werden, die zuvor in kleinbäuerlicher Land- und Subsistenzwirtschaft genutzt wurden, aber nicht Teil des Marktes waren, droht dies erneut zum Nachteil für Kleinbauern zu werden. Insbesondere wenn flankierende Maßnahmen zur Ankurbelung ihrer Produktion und Vermarktung fehlen, besteht ein hohes Risiko, dass gerade erhaltene Landtitel binnen kurzer Zeit wieder verkauft werden müssen. In der heutigen Situation, in der auf dem globalen Markt das Landgrabbing (großflächige Landkäufe durch internationale Investoren) ein wachsendes Problem für die kleinbäuerliche Landwirtschaft darstellt und steigende Agrarpreise Land zu einer begehrten Ressource machen, stellt die massive Titulierung von Land zumindest ein Risiko für die Betroffenen dar. Weltweit birgt die Verdrängung kleinbäuerlicher Landwirtschaft Gefahren für die Ernährungssicherheit der ärmeren Bevölkerung.

Territorium und Frieden!

Im vergangenen Jahr haben auf Initiative bäuerlicher Organisationen drei landesweite Treffen stattgefunden, die die Themen Land, Territorium und Frieden ins Zentrum ihrer Überlegungen für eine würdevolle Zukunft setzen. Diese Initiativen entwickeln sich unabhängig von staatlichen. Dennoch sind die hier engagierten Bevölkerungsgruppen mit der Zielgruppe des Gesetzes 1448 größtenteils identisch, ihre Pläne und Forderungen streben jedoch grundsätzlichere gesellschaftliche Veränderungen an, als das Gesetz sie vorsieht. Das aktuelle Wirtschafts- und Entwicklungsmodell Kolumbiens wird in Frage gestellt: Statt exportorientierter Landwirtschaft soll die kleinbäuerliche Produktion gefördert werden, da diese u. a. eine größere Ernährungssicherheit und Arbeitsplätze schafft. Selbstbestimmte Entwicklungen auch auf kommunaler und regionaler Ebene und größere Entscheidungsbefugnis der Gemeinden in politischen Prozessen werden gefordert.

Fazit

Es ist in Kolumbien ein geflügeltes Wort, dass die geschriebene und die gelebte Realität meilenweit auseinander liegen. Nach den Buchstaben des Gesetzes wäre die Situation im Land schon jetzt ungleich besser – würde nicht in den meisten Fällen die Umsetzung der Gesetze scheitern. Für das Gesetz für Opferentschädigung und Landrückgabe gilt, dass einige Schwachpunkte im Gesetz selbst angelegt sind: Gleich-

behandlung vor dem Gesetz, Einbeziehung der Betroffenen auf allen Ebenen, mögliche Einschränkungen der Rechte der Opfer durch Haushaltsbestimmungen. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre darf bezweifelt werden, dass genügend politischer Durchsetzungswille und Durchsetzungskraft seitens der Regierung bestehen, um diese Schwachstellen zum Wohle der Opfer zu beheben.

Verlierern gehören. Die Fortdauer des bewaffneten Konflikts in Kolumbien ist eine Tatsache, der Rechnung getragen werden muß. Dies schließt auch die Notwendigkeit ein, die andauernden Verbrechen der paramilitärischen Nachfolgeorganisationen und der Guerillagruppen zu berücksichtigen. Das Gesetz zur Opferentschädigung und Landrückgabe hat erhebliche Schwachpunkte, aber auch Potenzial für gesellschaftliche



Die Gemeinde vom Jiguamiandó Flussbecken (Departamento Chocó) hat endlich ihren kollektiven Landtitel erhalten! Mithilfe eines GPS kann genau geprüft und nachvollzogen werden, welche Felder und Bäche dazugehören.

Andere Probleme sind breiter angelegt: So stellt sich z. B. auch angesichts der zunehmenden Menschenrechtsverletzungen, der Bedrohungen und Ermordungen von Vertriebenen die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Regierung, dem Gesetz Geltung verschaffen zu wollen oder zu können.

Entwicklungspolitisch stehen sich zwei Landwirtschaftsmodelle (kleinbäuerliche und exportorientierte) gegenüber. Können sie nebeneinander existieren und wie sinnvoll ist das? Die Frage nach den Gewinnern und Verlierern des jeweiligen Modells muss gestellt und beantwortet werden. Die Opfer von Vertreibung und Landraub dürfen nicht von vornherein zu den

Veränderung. Die Umsetzung im aktuellen politischen Kontext stellt eine elementare Herausforderung dar. Die Initiativen, Empfehlungen und Vorschläge von Opferverbänden und Menschenrechtsorganisationen widmen sich den Schwachpunkten und ungelösten Fragen. Sie müssen einbezogen werden und brauchen auch internationale Unterstützung, wenn die Umsetzung des Gesetzes gelingen soll und dadurch auch die Konfliktbearbeitung in Kolumbien ein Stück vorankommen soll.

Christiane Schwarz

 kolko – Menschenrechte für Kolumbien e.V.

Bildquelle: www.justiciapazcolombia.com (CC BY-NC-SA 2.5)

¹² oacnudh@hchr.org.co; Declaración, Bogotá D.C., 7 de junio del 2011

¹³ Von August 2010 bis Juli 2011 wurden mindestens 17 GemeindegliederInnen umgebracht, die sich für Landrückgabe eingesetzt haben. Viele mehr wurden bedroht.

Bildquelle: © Alexandra Huck, kolko e.V.



06_

Die Ölpalme und der
Landkonflikt in Kolumbien

Bildquelle: „Bekannt für Gräueltaten an der Zivilbevölkerung: AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) – Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens; 2002 töteten die rechtsgerichteten Paramilitärs im Kampf mit der FARC in der Provinz Chocó 116 Menschen, darunter

46 Kinder, die zusammen mit ihren Eltern in einer Kirche Zuflucht gesucht hatten (sog. „Bojayá Massaker“). Die Regierung beantwortete den Hilferuf der Einwohner, indem sie über dem betroffenen Gebiet un gezielt Bomben abwarf“, www.rated-articles.com (o. V.)



06_Die Ölpalme und der Landkonflikt in Kolumbien

Seit über 40 Jahren schwelt der bewaffnete Konflikt in Kolumbien. Die Landfrage steht seit langem im Zentrum der Gewalt. Mehr als fünf Millionen Menschen wurden in den letzten 25 Jahren in Kolumbien zur Flucht im eigenen Land gezwungen.¹⁴ Die Landkonzentration in Kolumbien hat auf diesem Weg weiter zugenommen und die Armut wurde verschärft. Mit einem GINI-Index von 0,56 wird Kolumbien bei der Ungleichheit von Einkommen und Kapital in Südamerika nur von Brasilien „übertroffen“. Was die Landverteilung betrifft, so liegt der Wert sogar bei einem Index von 0,77.¹⁵ Und die Vertreibung geht weiter, für das Jahr 2010 gibt die Menschenrechtsorganisation CODHES 280.041 Vertriebene an.

In Hektar übersetzt sind es nach unterschiedlichen Berechnungen zwischen 4,9 und zehn Millionen Hektar Land, die geraubt wurden.¹⁶ Präsident Santos hat im Juni 2011 ein Gesetz unterzeichnet, das den Opfern Entschädigung und den Vertriebenen Landrückgabe verspricht. Zwei Millionen Hektar

Land sollen zurückgegeben werden. Eine moderate Vorgabe gemessen an dem, was geraubt wurde. Und doch sehr ehrgeizig, gemessen am Widerstand dagegen. Seit August 2010 wurden innerhalb von zwölf Monaten mindestens dreizehn Anführer der Vertriebenen ermordet¹⁷, die sich für die Landrückgabe einsetzten. Die Rückgabe droht daran zu scheitern, dass diejenigen, die ihr Land zurückfordern, damit ihr Leben



Gemeindeaktivist Enrique Petro ist ein bekannter Verfechter der Interessen afro-kolumbianischer und indigener Gemeinschaften, die im Nordwesten Kolumbiens in den Flusstälern des Curvaradó und des Jiguamiandó im Departamento Chocó leben. Im Laufe der Jahre erhielt er wiederholt Morddrohungen der Paramilitärs. Diese beschuldigen ihn sich dafür einzusetzen, dass nationale (z.B. Comisión Intereclesial Justicia y Paz) und internationale Menschenrechtsorganisationen Vertreterinnen in die Region entsenden, um Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, die im Zuge eines massiven Ausbaus von Ölpalm-Plantagen begangen werden. Im April 2006 hatte Petro vier Hektar seines Landes Menschen überlassen, die aus Curvaradó und Jiguamiandó vertrieben wurden, und darauf eine „humanitäre Schutzzone“ errichtet. (Quelle: www.amnesty.de)



Befreiung des Territoriums von der Ölpalme – Nach der Rückkehr in ihre Gemeinden begannen die Vertriebenen, mit den Macheten die Palmen und das Unkraut zu roden, um Platz für die Hütten und die Pflanzungen zu machen. Auf Grund des hohen Unkrautes kam man zum Schluss, dass die Plantage in Erwartung der Rückkehr und des ausgeübten Drucks wohl aufgegeben worden war. (Quelle: www.askonline.ch)



Obwohl die kolumbianischen Streitkräfte in der Region starke Präsenz zeigen und die XVIII. Brigade der Armee dort Patrouillen durchführt, haben die Behörden keine erkennbaren Anstrengungen unternommen, um den Paramilitärs Einhalt zu gebieten.

aufs Spiel setzen. Erstmals steht ernsthaft Landrückgabe in Aussicht, doch die Vertriebenen sind im Verteilungskampf um Land weiterhin schutzlos. Der Anbau von Ölpalmen insbesondere für Agrosprit schafft zwar keine neue Logik, verstärkt jedoch eine alte Dynamik. Steigende Beimischungsquoten in Europa, den USA und China schaffen vielversprechende wachsende Absatzmärkte und Agrosprit gehört zu den Produkten, auf die die kolumbianische Regierung setzt.

Die Gemeinden am Curvaradó- und Jiguamiandó-Fluss im Bundesstaat Chocó spüren den Druck seit Jahren massiv. Im Jahr 1997 wurden die AfrokolumbianerInnen von Paramilitärs und staatlichen Streitkräften mit Morden und Drohungen vertrieben. Vielen in der Region wurde ein in Kolumbien gängiges

Angebot unterbreitet: „Verkauf uns dein Land zu einem Spottpreis oder wir kaufen es noch günstiger von deiner Witwe.“ Allen Widrigkeiten zum Trotz sind in den letzten Jahren immer mehr Menschen der afrokolumbianischen Bevölkerung auf ihr Land zurückgekehrt. Im November 2000 bestätigte die Landwirtschaftsbehörde INCODER ihren kollektiven Landbesitz. In einem funktionierenden Rechtsstaat wäre der Weg dafür geebnet gewesen, dass die Gemeinde die Selbstversorgung wieder aufnimmt. Vor der Vertreibung fehlte es weder an Kochbananen noch Reis. Fische aus den Flüssen ergänzten den Speiseplan. Für den Verkauf blieben Überschüsse an Mais und Kochbananen. „Das einzige, was hier nicht wächst ist das, was du nicht säst“ sagen die BewohnerInnen stolz über ihr fruchtbares Land, das ihre Väter und Großväter dem Dschungel



abgerungen haben. Doch als sie nach ihrer Rückkehr eine Verifizierungsmission auf weiteren Teilen ihres Landes durchführten, fanden sie riesige Ausdehnungen von Ölpalmplantagen vor, die alles unter sich begraben hatten, die alten Dörfer, sogar die Friedhöfe. Flussläufe waren nicht wiederzufinden, weil die Palmunternehmen das Land durch Entwässerungskanäle trocken gelegt hatten. Während die Kleinbauern die Rückgabe des geraubten Landes forderten – und zwar in seinem vorigen Zustand, ohne die Ölpalmen – konnten sie hören wie die Motorsägen sich unweit ihrer Dörfer immer weiter zur Ausdehnung der Plantagen in den Dschungel fraßen. Bewacht wurden die Plantagen vom Militär, obwohl die Landwirtschaftsbehörde bestätigt hatte, dass die Palmpplantagen illegal waren. Mit Unterstützung der Menschenrechtsorganisation Justicia y Paz kämpften die Bauern weiter um ihr Land. Gegen 23 Palmunternehmen gibt es Strafprozesse. Doch zwei Bauernführer wurden seither ermordet, im Juli und August 2011 zwei weitere verschleppt. Es gab zahllose Drohungen, aber auch Kriminalisierungsversuche von Führungspersonen der Gemeinde.



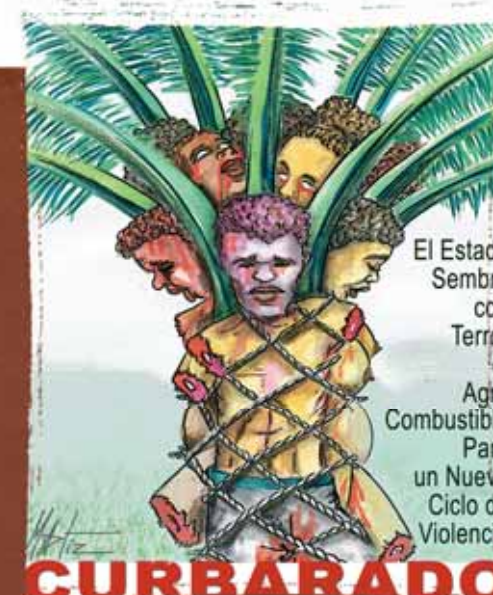
Immerhin halten diese Gemeinden ihren kollektiven Landtitel in Händen. Viele Vertriebene haben keinen Beweis, dass das Land, das sie jahrelang bearbeitet haben, ihnen gehört. Zwar ist im „Gesetz für die Entschädigung der Opfer und Landrückgabe“ die Beweislast zu Gunsten der Vertriebenen umgekehrt, aber die Feststellung der Besitzansprüche und der Nachweis über die Vertreibung wird vielfach schwierig bleiben. Vertriebene können sich in der Regel keinen Anwalt leisten und oft nicht einmal die Fahrkarte, um dorthin zu fahren, wo die Ansprüche geltend gemacht werden können. Für die Bauern im Curvaradó hat die Ölpalme einen Teil ihrer Lebensgrundlage vernichtet. Dass es die Ölpalme war, der ihr Land zum Opfer



Nach den Massenvertreibungen kehrten viele Familien in ihre Gemeinden am Curvaradó- und Jiguamiandó-Fluss zurück. Auf dem kleinen Hof von Enrique Petro entstand die erste „Humanitäre Zone“ zurückkehrender Familien. (Quelle: www.kolko.de)

fiel, korrespondiert mit ehrgeizigen Plänen der Regierung zum Ausbau des Palmanbaus. Doch im lange schwelenden Landkonflikt ist der Ölpalmanbau nur eine neue Variante. Weiter nördlich in derselben Region breiten sich endlose Bananenplantagen aus, auf Land, das einst Kleinbauern erschlossen hatten, das ihnen danach von großen Unternehmern abgenommen wurde. Dort wo in Richtung Süden die Bananenplantagen aufhören, beginnt die Monotonie endloser Viehweiden, über viele Jahre Motor für Vertreibung. Zucker, Kaffee und Blumen sind weitere wichtige – legale – Agrarexportprodukte. Hinzu kommen die Kokafelder. Die weltweit steigende Nachfrage nach Agroenergie und gestiegene Nahrungsmittelpreise haben den Hunger nach Land in Kolumbien noch verstärkt. Während der Druck zunimmt, hat sich an den Chancen für die Kleinbauern, ihr Land gegen große Unternehmen zu verteidigen, kaum etwas verbessert. Für die Kleinbauern selbst ist die Ölpalme ein heikles Produkt. Sie sind stark abhängig von den Fabriken, die Palmfrüchte abkaufen und meist ein Monopol in der Gegend haben. Die Jahre ohne Einkommen nach der Saat bis zur ersten Ernte brechen vielen Kleinbauern finanziell das Genick, wenn sie für den Anbau Kredite aufgenommen haben, verlieren viele auf diesem Weg ihr Land.

Während die Regierung unter Präsident Uribe einseitig die agroindustrielle Produktion, u.a. Ölpalmplantagen, förderte, will die Mitte 2010 mit Juan Manuel Santos angetretene Regierung zweigleisig fahren. Für kleinbäuerliche Landwirtschaft reservierte Zonen sollen ausgedehnt werden, gleichzeitig sollen aber „Zonen unternehmerischer Entwicklung“ gefördert werden. Für die Kleinbauern fehlen bisher flankierende Maßnahmen, die sie dabei unterstützen würden, sich tatsächlich am Markt zu behaupten. Kleinbauern tragen in Kolumbien wesentlich die Nahrungsmittelproduktion. Die Jahre massiver Vertreibung sind einhergegangen mit einem Rückgang der Nahrungsmittelproduktion und zunehmender Importe. Doch das Gesetz für Landrückgabe verpflichtet Rückkehrer dazu, agroindustrielle Projekte, die zwischenzeitlich dort angelegt wurden, bei der Rückgabe fortzusetzen. Nicht nur die Analytikerin Carmen Andrea Bercerra denkt, dass das Gesetz vor allem Investitionssicherheit bei Grund und Boden schaffen soll und dass es weniger um die Rechte der Opfer von Vertreibung geht.¹⁸ Beim Kongress des Ölpalm-Unternehmerverbandes Fedepalma im Juni 2011 jedenfalls hat dessen Geschäftsführer Jens Mesa deutlich gemacht, dass er sich mehr Investitionssicherheit von dem Gesetz erwartet in Zeiten, in denen Land weltweit zunehmend eine wichtige Ressource ist.¹⁹ Zum Fedepalma-Kongress kam Präsident Santos persönlich und korrigierte die Ziele für die Ausweitung des Palmölanbaus nach



oben. In den letzten zehn Jahren ist die Fläche jährlich um 10% gewachsen. Waren 2001 noch um die 150.000 Hektar mit der Palme bepflanzt, so hatte sich die Fläche bis 2006 verdoppelt und 2010 die 400.000 Hektar überschritten. Regierung und Fedepalma streben für die nächsten vier Jahre eine Ausweitung um 170.000 Hektar statt „nur“ um 110.000 an. 115.000 Hektar werden für die Beimischung zu Benzin in Kolumbien selbst bisher benötigt. Ziel ist jedoch, die Fläche für Agrosprit, das sind wesentlich Ölpalme und Zuckerrohr, auf drei Millionen Hektar auszudehnen. Knapp fünf Millionen Hektar Land wurden in Kolumbien 2009 für Ackerbau genutzt.²⁰ Neun bis 21,5 Millionen Hektar Land sind für Ackerbau geeignet.²¹ Doch so wie die Weichen derzeit gestellt sind profitieren die Kleinbauern aufgrund fehlender Sicherheit und mangelnder Rahmenbedingungen wenig, weder von der bestehenden noch von einer möglichen Ausweitung der Fläche – das ist schlecht für Ernährungssouveränität und Nahrungsproduktion. Kann in Kolumbien die gewaltsame Austragung des Landkonfliktes in Kolumbien beendet und die Opfer angemessen entschädigt werden? Weltweit – aber auch in Kolumbien – stellt sich die Frage, was auf dem verfügbaren Land angebaut wird: Nahrungsmittel oder Agro sprit – und ob die Nahrungsmittel am Ende reichen werden.

Alexandra Huck

 kolko – Menschenrechte für Kolumbien e.V.

²¹ 21,5 Mio. nannte Landwirtschaftsminister Restrepo in einer Debatte am 18.08.2010. Ferner sind 20 Mio. ha für Viehwirtschaft geeignet, es werden aber 38,6 Mio. ha dafür genutzt.

Bildquellen: „Zona Humanitaria, Chocó, Colombia. 2005“: www.colectivosurcacarica.wordpress.com (CC BY-NC-SA 2.0); Curvaradó: zinelitephoto/www.flickr.com (CC BY-NC-SA 2.0);

Illustration: www.colombia.indymedia.org (o.V.); ¹⁸ Carmen A. Bercerra: „Hay problemas de fondo y de proceso“, *Razón Pública*, 30.06.11 ¹⁹ www.fedepalma.org/congreso/2011/

memorias/palabras_bienvenida_jens.pdf; ²⁰ Ohne Viehwirtschaft, nach Zahlen des Kolumbian. Landwirtschaftsministeriums: www.minagricultura.gov.co/archivos/ogros.pdf;



Forstwirtschaft in der Provinz Chocó

Holz ist einer der natürlichen Rohstoffe, die Kolumbien zu einem reichen Land machen. Wären die Wälder nachhaltig bewirtschaftet, so könnten die Menschen gute Arbeit finden. Doch die Realität in der Region Chocó sieht anders aus.

Chocó liegt zwischen Ecuador und Panamá. Die meisten Bewohner dort haben afrokolumbianische oder indigene Wurzeln. Die Gesetze geben ihnen das Recht, ihre Gebiete, auf denen sie schon Jahrzehnte wohnen, zu bewirtschaften. Doch können sie sich die nötigen Genehmigungen für die legale Forstwirtschaft oft nicht leisten. Stattdessen gibt es Unternehmen, die die Wehrlosigkeit dieser Menschen ausnutzen und die Urwälder illegal ausbeuten.

Die Arbeiter im Wald liefern ihr Holz in den Sägewerken ab, wo sie nicht nach Stunden, sondern nach geliefertem Holz bezahlt werden. Von ihrem Lohn werden ihnen die Kosten für Motorsäge und Verpflegung abgezogen. Was übrig bleibt, reicht kaum zum Überleben.

Gewerkschaften sind in dieser Region fast nicht präsent. Das liegt auch an den bewaffneten Gruppen, die an der wichtigen Drogenroute zwischen Südamerika, Mittel- und Nordamerika um Einfluss kämpfen. Es herrscht ein Klima der Angst und Bedrohung und kaum ein Arbeiter traut sich, seine eigenen Rechte einzufordern. Denn er muss um sein eigenes Leben und das seiner Familie fürchten. Die Polizei weiß zwar, dass die Menschen erpresst und unter Druck gesetzt werden, doch kann und will sie nichts dagegen tun. Die Bande aus Gewaltgruppen, Unternehmen und Politik ist zu eng, sodass die meisten versuchen, sich aus den Konflikten herauszuhalten.

Im Ergebnis lebt die Bevölkerung in Chocó weiterhin in großer Armut. Die Bewohner der Region, die im Wald arbeiten und laut Gesetz auch Besitzer der Waldgebiete sind, wissen nicht, wie sie unbeschadet ihre eigenen Rechte durchsetzen können. Und der Rechtsstaat in Kolumbien ist zu schwach, als dass er die Grundlage für eine nachhaltige Waldwirtschaft legen könnte.

Fritz Heil

 IG BAU



Bildquelle: Nicolas Arms in Zusammenarbeit mit Anthroct/www.flickr.com
(CC BY-NC 2.0)



07_Ein weiter Weg, aber wir arbeiten daran

Nohora Tovar, Generalsekretärin der Fetramecol, nahm als Vertreterin der kolumbianischen Metallgewerkschaft am 22. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall teil. Im Interview spricht sie über prekäre Beschäftigung in Kolumbien und die Situation der Gewerkschaftsbewegung in ihrer Heimat:

Nohora, du warst bereits öfter in Deutschland, um über die Situation von Gewerkschaftern in Kolumbien zu berichten. Vor etwa zwei Jahren haben wir dazu ein ausführliches Interview geführt. Ihr tattet damals die Befürchtung, nach eurer Heimkehr Repressionen ausgesetzt zu sein. War das der Fall?

Es gab damals Gerüchte, dass wir bei unserer Rückkehr von einer Art Regierungskommission erwartet würden, die uns zu unseren Aktivitäten im Ausland befragen sollte. Hintergrund war, dass der damalige Präsident Álvaro Uribe in einem Zeitungsartikel gesagt hatte, es gäbe im Ausland Kolumbianer, die schlecht über das Land sprächen, und die man befragen sollte, was das solle. Als wir in Bogotá eingetroffen sind, wartete dort allerdings niemand auf uns. Trotzdem hat sich unsere Delegation sofort aufgeteilt und jeder ist seiner Wege gegangen. Letztlich hat sich das Gerücht also nicht bewahrheitet.

Im Mai 2010 fanden in Kolumbien Wahlen statt. Nachdem Uribe eine erneute Kandidatur gerichtlich untersagt wurde, beerbte ihn sein Weggefährte, der ehemalige Verteidigungsminister Juan Manuel Santos im Amt des Präsidenten. Hat sich dadurch etwas an der Situation der Gewerkschafter in Kolumbien geändert?

Nicht wirklich. Die Politik ist dieselbe, nur ihr Erscheinungsbild hat sich gewandelt. Die Auseinandersetzung wird seitens der Regierung in einem freundlicheren Ton geführt. Man bezeichnet uns nicht mehr als Guerilleros, aber an unserer Lage hat das im Grunde nichts geändert. Es gibt nach wie vor Repressionen auf mehreren Ebenen. Zum einen findet ein großer Angriff auf die tarifpolitischen Bedingungen und Abkommen statt. Tarifverträge werden unterwandert, das Arbeitsrecht missachtet und das bereits ratifizierte ILO-Kernübereinkommen 87 wird weiterhin nicht umgesetzt. Das ist die eine Seite. Die andere Seite sind die anhaltende Verfolgung, die Bedrohung und die Morde. In diesem Jahr sind bereits 23 Gewerkschafter umgebracht worden.



Aktivistinnen der CUT während eines landesweiten Streiks, Oktober 2011

Die Europäische Union und Kolumbien arbeiten seit einigen Jahren an einem Freihandelsabkommen. Daran gab es von Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften viel Kritik. In letzter Zeit ist es ruhig um das Abkommen geworden. Wie ist der Stand der Dinge?

Das Abkommen ist bisher noch nicht unterzeichnet worden. Gewerkschaften und progressive Parteien hatten eingewandt, dass es sich um ein sogenanntes „gemischtes Abkommen“ handele, da es auch für die Rüstungsindustrie nützliche Güter umfasse. In diesem Fall müsste jedes nationale Parlament einzeln über das Abkommen abstimmen, da Rüstungsfragen im Zuständigkeitsbereich der EU-Mitgliedsländer liegen. Das wurde bis vor kurzem geprüft. Laut letzten Berichten aus Brüssel ist nun aber festgestellt worden, dass es sich nicht um ein „gemischtes Abkommen“ handelt. Das EU-Parlament ist also berechtigt, darüber abzustimmen. Wir gehen davon aus, dass es 2012 soweit sein wird.

An anderer Stelle wurden bereits Fakten geschaffen. Das Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien und den USA ist nach mehrjährigen Verhandlungen Mitte Oktober unterzeichnet worden. Wie bewerten die kolumbianischen Gewerkschaften das?

Wir gehen davon aus, dass das Abkommen ab Januar 2012 umgesetzt wird und dass es vor allem die kleinen Bauern in ihrer Existenz bedroht. Die großen Agrarkonzerne aus den USA werden sie einfach vom Markt verdrängen. Wir und manche Nichtregierungsorganisationen warnen seit fünf Jahren, dass



Nohora Tovar

die geplanten Freihandelsabkommen nicht nur unter dem Aspekt der Menschenrechte problematisch sind, sondern auch verheerende Folgen für die kolumbianische Volkswirtschaft haben werden. Das wurde unter den Teppich gekehrt. Nun erscheinen in der kolumbianischen Presse erste Berichte über die mangelnde Infrastruktur des Landes und die Defizite bei der Wettbewerbsfähigkeit. Langsam wird deutlich, wie unverantwortlich es von der kolumbianischen Regierung war, dieses Abkommen abzuschließen.

Eine große Herausforderung für die Gewerkschaften in Deutschland ist die Ausbreitung von prekärer Beschäftigung in Form von Leiharbeit, Werkverträgen, Befristungen und Mini-Jobs. Ihr steht vor ähnlichen Problemen?

Die Prekarisierung der Arbeit schreitet auch in Kolumbien weiter voran. Die Bedingungen sind eher noch schlimmer geworden. Das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Kolumbien beinhaltet zwar eine Vereinbarung, die Arbeitskooperativen (Cooperativas de Trabajo Asociado, CTA) zu regulieren. Diese Pseudogenossenschaften, mit denen Arbeitnehmer in einer Scheinselbständigkeit gehalten werden, dürfen nun nicht mehr als Arbeitsvermittler tätig sein. Aber in Kolumbien ist man sehr kreativ – vor allem in der Regierung. Also hat man mit den Sociedades Anónimas Simplificadas (SAS) eine neue Beschäftigungsform erfunden. Dabei handelt es sich im Grunde um eine Art Ich-AG, mit der Arbeitnehmerrechte ebenfalls umgangen werden können.

Eine weitere besorgniserregende Neuerung ist, dass Gewerkschaften nun Arbeitsverträge für die Unternehmen abschließen und dadurch die Arbeitnehmer in einem Betrieb einstellen können. Das bringt die Gewerkschaften in eine schwierige Lage, weil sie einerseits die Arbeitnehmerrechte verteidigen sollen, andererseits aber im wortwörtlichen Sinne zu Arbeitgebern werden, wenn sie Arbeitsverträge abschließen. Der Gewerkschaftsdachverband CGT wendet dieses System an, obwohl die anderen beiden großen Dachverbände Central Unitaria de Trabajadores (CUT) und Confederación de Trabajadores de Colombia (CTC) – zu dem auch Fetramecol gehört – diese Praxis ablehnen.

Interview anlässlich des Gewerkschaftstages der IG Metall 2011

Gewerkschaften in Kolumbien

In Kolumbien gibt es drei größere gewerkschaftliche Dachverbände: Central Unitaria de Trabajadores (CUT), Confederación de Trabajadores de Colombia (CTC) und die Confederación General del Trabajo (CGT). In der CUT sind laut Friedrich-Ebert-Stiftung etwa 55 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder organisiert, 15 Prozent in der CGT und rund 10 in der CTC.

Jeder dieser Verbände setzt sich aus Hunderten einzelner Gewerkschaften zusammen. Die übrigen 20 Prozent verteilen sich auf über 2800 Betriebsgewerkschaften. Nach Angaben der Friedrich-Ebert-Stiftung waren 2007 nur etwa vier Prozent der arbeitenden Bevölkerung gewerkschaftlich organisiert.



08_

Unsichere Minen in Kolumbien



08_ Unsichere Minen in Kolumbien

Die Grundrechte des Arbeiters, normalerweise überall in der Welt anerkannt, werden in Kolumbien massiv verletzt. Lokale und multinationale Unternehmen beuten Arbeiter aus, um einen höheren Gewinn zu erzielen. Das geschieht völlig ungestraft, da die nationale Regierung selbst ungehemmt Gewerkschaftsfeindlichkeit auf verschiedene Art und Weise demonstriert. Die Bergbauindustrie in Kolumbien ist dabei keine Ausnahme. Der einzige Weg, die Sicherheit und die Grundrechte der Bergarbeiter zu sichern, ist die Stärkung der Gewerkschaften, unterstützt von internationaler Solidarität.

Die größte Bergarbeitergewerkschaft in Kolumbien und Mitglied der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie- und Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaft (ICEM), ist Sintracarbón. Sie organisiert die Arbeiter in Cerrejón in der Provinz Guajira. Cerrejón ist eines der größten Tagebau-Bergwerke in der Welt und wird von Carbones del Cerrejón geführt, einem Joint Venture von Xstrata, AngloAmerican und BHP Billiton, die jeweils über einen 33,3%-Anteil verfügen. Sintracarbon erzielt vorteilhafte Konditionen für seine 4.200 Mitglieder in Folge eines respektvollen sozialen Dialogs. Das ausgereifte System der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Gewerkschaft wurde mit Hilfe der ICEM im Jahr 2004 gegründet. Der letzte zweijährige Tarifvertrag wurde im Februar 2011 abgeschlossen und brachte den Arbeitern die verdiente Lohnerhöhung um 6,5 % im Jahr 2011, erhebliche soziale Verbesserungen sowie spürbare Verbesserungen für 5.500 Leiharbeiter.

Die erhebliche Zahl der Leiharbeiter bei Cerrejón zeigt die Gefahr im Betrieb auf. Die Bemühungen der Leiharbeiter, sich in den Jahren 2009–2011 gewerkschaftlich zu organisieren, und Tarifverträge mit einer Reihe von Vertragspartnern, einschließlich des Transportunternehmens Sotrans und des Mechanikunternehmens Chaname wurden von Sintracarbón unterstützt, aber vom Management aggressiv bekämpft. Carbones del Cerrejón und seine Muttergesellschaften drücken bei Missbräuchen alle Augen zu. Die Arbeiter werden belästigt, teilweise zu Hause aufgesucht, mit möglichen Entlassungen bedroht oder sie bekommen Vergünstigungen angeboten, wenn sie sich im Gegenzug gegen die Gründung von Gewerkschaften einsetzen. In zwei großen Minenunfällen innerhalb eines Jahres (im Juni

2010 und im Januar 2011) kamen aufgrund von Sicherheitsmängeln und Missständen 98 Bergleute um. Dies beleuchtet die dringende Notwendigkeit, die Gesetzgebung des Staates zu verändern, einschließlich der Ratifizierung der IAO-Konvention 176 über die Sicherheit der Bergwerke. Das öffentliche Institut für Geologie und Bergbau (Ingeominas) ist nicht entsprechend ausgerüstet, um die Sicherheit der Bergwerke zu gewährleisten. Es verfügt über 17 Inspektoren für die 6.000 lizenzierten Bergwerke. Die meisten der kolumbianischen Bergwerke werden von kleinen, lokalen Unternehmen betrieben, und es gibt ebenso viele illegal wie legal betriebene Bergwerke. Die Explosion im San Fernando Bergwerk im Juni 2010 war die schlimmste in Kolumbien seit 30 Jahren. In dem Bergwerkunternehmen wurden die bestehenden Sicherheitsbestimmungen verletzt, die Überwachung und Meldetechnik war fehlerhaft, die Ausbildung war mangelhaft und es wurden unbekannte Sprengstoffe verwendet. Der einzige Weg, um diese rechtswidrige Sicherheitslage zu stoppen, die das Leben der Bergarbeiter täglich gefährdet, ist die Durchsetzung der Gewerkschaftsrechte, die zu stärkeren Gewerkschaften und sicheren Bergwerken führen. Die ICEM wird weiterhin für dieses Ziel kämpfen.

Tom Grinter



Angehörige nimmt Abschied am Grab eines durch eine Methangasexplosion verunglückten Kohlegrubenarbeiters im San Fernando Bergwerk in Amagá. Kolumbianische Minen, von denen viele illegal sind, gelten als besonders gefährlich.





09_Win-Win-Situation: Die Akzeptanz von Gewerkschaften trägt bei zum wirtschaftlichen Erfolg?

Argos ist der größte Zementhersteller in Kolumbien. Rund fünftausend Arbeiter arbeiten für den Branchenprimus, der auch bei den Arbeitsrechten ganz weit vorn rangiert – und dies zahlt sich für beide Seiten aus. Der Betonmischer mit der leuchtend grünen Trommel ist schon von weitem zu sehen. Gerade verlässt er die Baustelle in der Calle 7D. Die Straße liegt in einem der Geschäftsviertel von Medellín und direkt gegenüber befindet sich das repräsentative Bürohaus, in dem Cesar Augusto Mejía sein Büro hat. Mejía ist Personalchef bei Argos und sieht es gern, wenn ein LKW seines Unternehmens den Zement für einen Neubau gegenüber liefert. „Die Geschäfte laufen gut und ein wesentlicher Grund dafür ist der soziale Frieden, den wir seit 2005 im Betrieb haben“. Er hat genauso wie sein Gegenüber Gilberto Cardozo an einem Kompromiss mitgearbeitet, der auch über Medellín hinaus Modellcharakter hat – die Beilegung eines über dreißig Jahre lang schwelenden Arbeitskonflikts.

„Die Besitzer haben das Unternehmen wie eine Familie betrachtet. Sie fühlten sich im übertragenen Sinn als Väter und nach ihnen hatten sich die Söhne, eben die Arbeiter, zu richten. Doch das haben die Arbeiter nicht ewig mitgemacht – ab Mitte der 50er Jahre haben die Konflikte ständig zugenommen“, erklärt Cardozo. Der 63-jährige war etliche Jahre im Zementwerk El Cairo, einem von damals zehn Standorten, für das Personal verantwortlich. „Als wir begannen, war die Situation so angespannt, dass das Verwaltungspersonal und die Arbeiter in verschiedenen Bussen nach Hause fuhren, dass getrennte Kantinen existierten und dass alltägliche Konflikte schnell eskalierten“, so Cardozo. Systematisch hatten sich Unternehmensleitung und Gewerkschaften beharkt und auch der 39-jährige Cesar Augusto Mejía kennt solche Konflikte nicht nur aus den Erzählungen der Älteren. „De facto waren Unternehmens- und Gewerkschaftsleitung eher damit beschäftigt, darüber nachzudenken, wie sie sich gegenseitig eliminieren, statt zusammenarbeiten könnten“, so der Personalchef kopfschüttelnd.

Blutige Auseinandersetzungen

Das gipfelte 1963 in einem Massaker an zwölf Arbeitern, in dem die Armee das Feuer auf eine Demonstration der Arbeiter



Personalverantwortliche bei Argos: Gilberto Cardozo (oben), ehemaliger Personalentscheider, machte die Kooperation mit den Gewerkschaften möglich. Cesar Augusto Mejía (rechts) ist heute mit der Kooperation sehr zufrieden.



von El Cairo eröffnete. Doch auch in den folgenden Jahren ebte die Gewalt nicht ab. In mehreren der zehn Zementfabriken, die zur Argos-Gruppe gehörten, setzte die Unternehmensleitung auf Privatarmeen. In Puerto Nare, einem weiteren Standort, wurden zwanzig Arbeiter von diesen „Werkspistoleros“ ermordet, so Cardozo. Mit allen Mitteln gingen die Werksleitungen gegen die Gewerkschaften vor. Arbeitgeberabhängige (gelbe) Gewerkschaften, die nach der Pfeife des Unternehmens tanzten, wurden gegründet, um den unabhängigen Gewerkschaften den Zulauf abzugraben. Aber es wurden auch Privatarmeen rekrutiert, die die Arbeiter einschüchtern sollten, wobei diese später regelrecht Jagd auf Gewerkschaftsaktivisten machten. „In Puerto Nare wurden zwanzig Arbeiter von „Werkspistoleros“ ermordet“, bestätigt Cardozo.

Dass dadurch viele Arbeiter für die Guerilla Sympathien empfanden, ist keine Überraschung, und Angriffe auf Fabrikmanager und die eine oder andere Entführung hat es in den dreißig Jahren des offenen Konflikts wohl gegeben. „Es ging um die Vorherrschaft in den Fabriken“, sagt Cardozo. In El Cairo, dem Werk, in dem Cardozo arbeitete, begann man nach endlosen Streiks Ende der 80er Jahre langsam gegenzusteuern und auf



ARGOS



Luis Norberto Ríos, akademischer Direktor der nationalen Gewerkschaftsschule (ENS) in Medellín, hat die Kooperation zwischen Argos und den Gewerkschaften begleitet.



die Arbeiter zuzugehen. „Wir haben versucht, einen respektvollen Umgang miteinander zu initiieren. Ganz langsam verbesserte sich das Betriebsklima. Irgendwann konnten wir die zweite Kantine abreißen und auch getrennte Busse wurden überflüssig. Beide Seiten hatten begriffen, dass es auch anders geht“. Dabei war die Entscheidung der Betriebsleitung, das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren, nicht weiter in Frage zu stellen, der Wendepunkt.

Modell mit Strahlkraft

Respekt für die Arbeitsrechte wird in Kolumbien nicht gerade großgeschrieben. „Besonders schwierig ist es jedoch im Bergbau, der Industrie und der industriellen Landwirtschaft, etwas höher ist der Organisationsgrad hingegen im Banken- und Verwaltungssektor“, erklärt Norberto Ríos. Er ist akademischer Direktor der Gewerkschaftsschule ENS und hat den Wandel von der Konfrontation zur Kooperation bei Argos begleitet. Was dort gelungen ist, kann wegweisend für andere Unternehmen sein. „Die Stadtwerke von Medellín haben bereits Interesse signalisiert, das Modell zu kopieren“, freut sich Ríos. Nach der Annäherung im Werk von El Cairo entschloss sich die Argos-Unternehmensleitung, sich mit den Gewerkschaften an einen Tisch zu setzen, einen neuen umfassenden Tarifvertrag auszuhandeln und Grundsätze der Kooperation zu definieren. Treibende Kraft auf Unternehmenseite war dabei Gilberto Cardozo, der nicht nur die Experten der Gewerkschaftsschule dazu einlud, sondern auch Vertreter des Gewerkschaftsdachverbandes CUT sowie Vertreter der Universitäten. „In einer offenen transparenten Runde haben wir unsere Vorschläge erarbeitet und sie dann an die Unternehmensleitung weitergeleitet“, erklärt Cardozo. Die stimmte vielen der Vorschläge zu, denn zum einen wollte man die Gewaltspirale endgültig beenden, zum anderen die Weichen auf Expansion stellen. Zehn Monate dauerte der Verhandlungsprozess. An dessen Ende wurde im Februar 2006 ein neuer Tarifvertrag und eine gemeinsame Betriebsvereinbarung unterzeichnet, so Personalchef Cesar Augusto Mejía. Er begleitete den Prozess an der Seite Cardozos und ist mit den Ergebnissen sehr zufrieden. „Rund fünfzig Prozent unserer 5.000 Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert, gleichwohl hat es in den letzten Jahren keinen Streik gegeben und wir wachsen stetig“. Um knapp fünfzig Prozent kletterten die Gewinne in 2010 und auch Gewerkschafter Ríos freut sich über die gute Performance. „Zum einen sind so die Löhne der Arbeiter gesichert, zum anderen sind gute Zahlen die beste Werbung für unser Kooperationsmodell“. Das soll schließlich Schule machen.

Knut Henkel





10_

Ohne Bildung keine
Zukunft, aber nur die
wenigsten haben
überhaupt Zugang!





10_Ohne Bildung keine Zukunft, aber nur die wenigsten haben überhaupt Zugang!

Kolumbiens Bildungssektor verfügt über gute Schulen und exzellente Universitäten. Nur sind die nicht allen zugänglich und in den ländlichen Regionen ist die Situation oft überaus prekär. María Eugenio Vasquez klemmt sich einen Stapel Bücher unter den Arm und fordert ihre Schüler auf, das Gleiche zu tun. „Ich will das Lesen in der Klasse mehr fördern und deshalb plündern wir die Bibliothek von Benposta ein bisschen“, erklärt die Lehrerin mit einem kecken Lächeln.

Ihre Schule, die Victoria Manzur, befindet sich gleich gegenüber der Kinderrepublik Benposta in Montería. Montería ist die Hauptstadt des Verwaltungsbezirks Córdoba, gilt als Wiege der Paramilitärs und als eine der gefährlichsten Regionen Kolumbiens. Hier kommen nahezu täglich Familien aus abgelegenen



Eingang einer Schule in Montería, einer der gefährlichsten Verwaltungsbezirke Kolumbiens – hier steht die Wiege der Paramilitärs

Dörfern an, die vor den bewaffneten Akteuren oder dem Bürgerkrieg flüchten. So wie Antonio Miguel Morales, der mit seiner Frau und neun Kindern aus Proyecto, einem kleinen Dorf im Süden des Verwaltungsbezirks nach Córdoba floh, weil ihn Paramilitärs bedrohten. „Sie haben mir und meinen älteren Söhnen mit dem Tod gedroht“, erklärt der 45-jährige Mann. Nun kümmern sich die Lehrer und Psychologen von Benposta um die Kinder und versuchen, ihren Unterricht zu organisieren. „Nichts Ungewöhnliches in Kolumbien, denn hier gibt es mehr als vier Millionen Binnenflüchtlinge, vor allem Frauen und Kinder“ erklärt Luz Elena Gracia. Sie koordiniert die Arbeit in der Region und derzeit liegt der Schwerpunkt auf Prävention.

In Regionen wie Tierraalta und Puerto Libertador versucht sie, gemeinsam mit den Kirchen, Kinder vor intrafamiliärer Gewalt,



Flucht nach Todesdrohungen: Familie von Antonio Miguel Morales

Kinderarbeit und der Rekrutierung durch bewaffnete Akteure zu bewahren. „Wir versuchen die Eltern davon zu überzeugen, sich für die Zukunft ihrer Kinder zu engagieren“, erklärt die Bildungsexpertin.

Ungewisse Zukunft

Die ist alles andere als rosig, denn 2,8 Millionen Kinder wachsen in Kolumbien auf, ohne je in Kontakt mit einer Schule zu kommen. „Das hat vielfältige Ursachen, denn nicht überall in den ländlichen Regionen ist der Staat präsent und das Netz der Schulen weist erhebliche Löcher auf“, so Camilo Castellanos, Direktor der Stiftung „Bildung und Entwicklung“ in Bogotá. Erschwerend kommt hinzu, dass engagierte Lehrer auf dem Land ein hohes Risiko eingehen. „Lehrer, die sich gegen die Präsenz von Armee, Guerilla und Paramilitärs rund um die Schule wehren und gegen Rekrutierungsversuche vorgehen, leben gefährlich“ erklärt der 59-jährige ehemalige Lehrer. Wie weit der Arm der bewaffneten Akteure reicht, zeigt allerdings auch schon ein Besuch in Soacha, einer mit Bogotá zusammenwachsenden 1,2 Millionen Stadt. Dort befindet sich im Stadtviertel Despensa die weiterführende Schule Manuela Beltrán. Hier werden Schüler ab 12 Jahre unterrichtet und alles geht extrem beengt zu, wie die Lehrerin Yaneth Diaz kritisiert.

Die gehört zu den Lehrern, die versuchen, trotz aller Schwierigkeiten Initiativen gegen die Gewalt an der Schule zu setzen. „Logbuch für das Leben“ heißt das Programm, mit dem Schülern mehr Respekt und mehr Verständnis für ihre Mitschüler beigebracht werden soll. „Verbale Konfliktlösung, die Einbeziehung statt der in Kolumbien so verbreitete Ausgrenzung



Bildquelle: „Schulhof der Secundaria Manuela Beltrán. An einer Wand steht geschrieben: „Du könntest der Beste sein – warum versuchst du es nicht?“, © Knut Henkel, Soacha 2011



Klassenalltag an der Secundaria Manuela Beltrán im Stadtviertel Despensa von Soacha.

sind Teil unserer Strategie“, erklärt die Pädagogin, die seit sieben Jahren an der Schule unterrichtet. Schulpsychologe Enrique Sánchez zählt zu ihren Unterstützern. Doch längst nicht alle Kollegen engagieren sich für das Projekt. Die einen aus Angst, weil auch brisante Probleme wie die Rekrutierung in den benachbarten Stadtvierteln thematisiert werden, die anderen, weil Aufwand und Entlohnung der Lehrer kaum mehr in einem vernünftigen Verhältnis stehen. „Die jungen Kollegen erhalten gerade 1,2 Millionen Peso (umgerechnet 460 Euro), haben kaum Aufstiegschancen und bekommen keine längerfristigen Verträge. Jedes Jahr werden sie aufs Neue überprüft“, schildert Yaneth Díaz die Verhältnisse.

Verwahren statt Qualifizieren

Ein Ergebnis der Reformen der letzten Jahre. „Die haben aus den Schulen reine Verwahrnstanalten gemacht, in denen der pädagogische Auftrag hinten angestellt wird“, kritisiert Yaneth Díaz. Das bestätigt auch Bildungsexperte Castellanos, der dafür plädiert, gerade in den Armenvierteln der großen Städte mehr auf Ganztagschulen zu setzen, um die Kinder und Jugend-

lichen besser zu versorgen und besser zu beschäftigen. Doch dafür, so klagen viele Pädagogen, ist kein Geld da.

Ein Dilemma, auf das Konfliktforscher Bernardo Pérez Salazar in seinen Analysen genauso hingewiesen hat, wie auf die fehlenden Perspektiven für die Jugend, einen Job zu ergattern. „Rund dreihunderttausend Jugendliche drängen jedes Jahr auf den kolumbianischen Arbeitsmarkt, doch nur für ein Drittel gibt es ausreichend Arbeit“, erklärt der Wissenschaftler. Selbst ein Universitätsabschluss ist in Kolumbien längst keine Garantie mehr für einen Arbeitsplatz und die Jugendarbeitslosigkeit ist extrem hoch. „Gute Chancen haben nur die am besten Qualifizierten oder die Kinder von Eltern mit extrem guten Kontakten“, so Pérez Salazar. Schulen mit guter Ausstattung und motivierten Lehrern finden sich jedoch oft nur in den Stadtvierteln der Besserverdienenden wie La Soledad, Chapinero oder im Norden Bogotá. In Stadtvierteln wie Altos de Cazucá, Usme oder Ciudad Bolívar herrscht an den Schulen in aller Regel Enge und personelle Unterbesetzung. Kein zukunftsweisendes Ambiente zum Lernen und so sind die Jugendlichen aus diesen Schulen gleich doppelt benachteiligt. „Oft fehlt die



Links: Lehrer William Carrillo in seiner Klasse in Soacha; Mitte: Schulpsychologe Enrique Sánchez mit zwei Schülerinnen auf dem Schulhof der Secundaria Manuela Beltrán; Unten: Camilo Castellanos, Direktor der Stiftung „Bildung und Entwicklung“ in Bogotá.



Unterstützung aus dem Elternhaus, aber wenn es dann die Jugendlichen schaffen, sich für den Universitätsbesuch zu qualifizieren, scheitern sie oft an den Aufnahmeprüfungen“, erklärt Professor Jaime Barrientos. Er lehrt an einer der unzähligen Privatusiversitäten Bogotá, an denen sich diejenigen qualifizieren können, die es nicht an die renommierte öffentliche Universidad Nacional oder die private Eliteuniversität Los Andes schaffen. So ist es für Jugendlichen aus einfachen oder armen Stadtvierteln nahezu unmöglich, nach oben zu kommen. Ein Kreislauf, der dazu beiträgt, dass auch die Spirale der Gewalt in Kolumbien erhalten bleibt.

Knut Henkel

ist freier Journalist in Hamburg.





11_

Kinderarbeit – Ein guter Ort ist nicht genug



Bildquelle: „Ein Kind in Ciudad, Bolívar, südwestlich von Antioquia, hilft seiner Familie bei der Grundsicherung ihres Lebensunterhalts.“ © Juan Pablo Castrillón, Dezember 2010 / www.ens.org.co



11_Kinderarbeit – Ein guter Ort ist nicht genug

Francisco Gámez sitzt mit zufriedenen Gesicht vor seinem dampfenden Teller in der Kantine der Kinderrepublik Benposta. Übersetzt heißt das so viel wie „Guter Ort“ und für den 11-Jährigen ist die Siedlung oberhalb von Bogotá seine zweite Heimat. Hier kommt er jeden Morgen mit dem Bus aus Ciudad Bolívar an und in der Dämmerung bringt ihn der gleiche Bus wieder zurück zu seiner Familie. „Viele meiner Freunde leben hier oben“, sagt der sympathische Steppke und löffelt seinen Teller in Windeseile leer. Nudeln mit Fleischstreifen und Gemüse, etwas Salat und ein Schlag Pudding befanden sich darauf, und so eine Mahlzeit hat Francisco zuhause kaum zu erwarten. „Nur ein Grund, weshalb er hier in der Kinderrepublik seinen Tag verbringt. Der andere ist, dass er Streit mit seinem Stiefvater hatte und immer seltener zur Schule ging“, erklärt José Luis Campo. Er ist der Leiter der Kinderrepublik, die umgeben von Wald an einem Hang über der kolumbianischen Hauptstadt angesiedelt ist. Hier können, wenn nötig, bis zu 150 Kinder und Jugendliche unterkommen. Neben dem guten halben Dutzend Wohnhäuser gibt es ein Schulgebäude, ein Theater, das Gebäude, in dem das Kinderparlament untergebracht ist, sowie verschiedene Wirtschaftsgebäude.



José Luis Campo: „Für mich ist die Kinderrepublik eine große Familie“.

„Alles was in so einem kleinen Dorf eben nötig ist“, sagt der 62-jährige José Luis Campo, der die Einrichtung vor nunmehr 34 Jahren gründete und aufbaute. „Die Idee ist, die Kinder und Jugendlichen zu beschützen und wenn nötig zurückzuholen. Zurückzuholen in eines zivilen Leben“, sagt Campo. Dabei hat das Kinderparlament, das jeden Freitag zusammentritt, eine wichtige Funktion. Hier werden Konflikte besprochen,

Probleme gelöst und der Alltag in der kleinen Republik organisiert. Die Kinder und Jugendlichen sollen Verantwortung übernehmen, für sich, aber auch für andere, sich engagieren und nachdenken. Ein wichtiger Schritt aus dem Kreislauf der Gewalt, der das Land prägt, denn in Kolumbien herrscht Krieg. Minderjährige werden nicht nur als Spitzel eingesetzt, sondern auch systematisch von den illegalen Kampfverbänden von Guerilla und Paramilitärs angeworben.

Auch Francisco hätte dieses Schicksal ereilen können. So wie Juliet, die ein Jahr für die Paramilitärs zur Waffe griff oder Iván, der drei Jahre für eine Frente (Front) der FARC, der größten der beiden linken Guerillaorganisationen, im Einsatz war. In der Kinderrepublik leben viele Kinder und Jugendliche, die von der Polizei oder der Armee aufgegriffen wurden, die desertierten oder die gefährdet waren, rekrutiert zu werden. „Etwa ein Drittel der Jugendlichen waren als Kindersoldaten auf der einen oder anderen Seite im Einsatz, einem weiteren Drittel drohte rekrutiert zu werden, und das letzte Drittel sind Kinder, die in ihren Familien handfeste Probleme hatten – so wie



Francisco Gámez in der Kantine der Kinderrepublik



Sauberkeit gehört zu den Aufgaben der 150 Kinder und Jugendlichen, die in Benposta leben und den Weg zurück in ein ziviles Leben finden sollen.

Francisco“, erklärt José Luis Campos und fährt sich durch die kurzen, von grauen Strähnen durchzogenen, dunklen Haare.

Keine Lobby für die Kinderrechte

Intrafamiliäre Gewalt ist in Stadtvierteln wie Ciudad Bolívar, Villa Javier oder Altos de Cazucá alles andere als selten, so José Luis Campo. Das bestätigt auch Reinel García, Direktor der Nichtregierungsorganisation Creciendo Unidos, in deutsch „Gemeinsam (auf)wachsen“. „Gewalt in den Familien treibt die Kinder und Jugendlichen oftmals in die Hände der illegalen Gruppen oder auf die Straße“. Mindestens zehntausend Kinder leben in Kolumbien auf der Straße, viele schnüffeln Klebstoff und Hilfe ist rar. Oft werden die Halbwüchsigen als Ordnungsproblem gesehen. „Polizisten, die Straßenkinder, aber auch arbeitende Kinder mit dem Knüttel traktieren, ihre Waren oder Arbeitsutensilien wie Schuhputzzeug beschlagnahmen, haben wir schon mehrfach angezeigt“, erklärt Reinel García mit bitterer Miene. „Die Rechte der Kinder zählen in Kolumbien nicht“, so der studierte Psychologe, der selbst aus einfachsten



Verhältnissen stammt. Als eines von elf Kindern wuchs er auf einem kleinen Bauernhof auf und hat schlicht Glück gehabt. Das haben längst nicht alle der sechs Millionen Kinder, die in Kolumbien in bitterer Armut aufwachsen.

Die Folgen seien verheerend, so García: „Mehr als zwei Millionen Kinder arbeiten in Kolumbien und wachsen ohne jeden Kontakt zur Schule auf, schätzungsweise 30.000 Kinder wurden und werden sexuell missbraucht, und mehrere Tausend Kinder werden als Kindersoldaten von den illegalen, bewaffneten Akteuren missbraucht“, so der Kinderrechtsexperte. Harte Fakten, die von international agierenden Organisationen wie terre des hommes, aber auch von der Regierung in Bogotá bestätigt werden. Konzepte und detaillierte Programme, wie man den Kindern zu ihren Rechten verhelfen kann, sind allerdings Mangelware. So wurde noch vor ein paar Jahren martialisch „vom Ausmerzen der Kinderarbeit“ gesprochen. Das ist zwar vorbei, aber an den mangelnden Perspektiven für die Jugend hat sich nichts geändert, so der Konfliktforscher Bernardo Pérez Salazar. „Rund dreihunderttausend Jugendliche drängen jedes Jahr auf den kolumbianischen Arbeitsmarkt, doch nur für ein Drittel gibt es ausreichend Arbeit“, erklärt der Wissenschaftler von Anfang fünfzig. Selbst ein Universitätsabschluss ist in Kolumbien längst keine Garantie mehr für einen Arbeitsplatz und die Jugendarbeitslosigkeit ist extrem hoch. Von diesen frustrierenden Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt profitieren die Drogenkartelle, die organisierte Kriminalität und die bewaffneten Akteure. Die haben einen stetigen Zulauf minderjähriger Jungen und Mädchen, so José Luis Campos von Benposta. Besonders prekär sei die Situation in den ländlichen Regionen, wo Eltern manchmal froh sind, einen Esser weniger am Tisch zu haben, erklärt Campos. Der arbeitet eng mit den Kirchen zusammen, um, wenn nötig, Kinder und Jugendliche aus ihren Dörfern zu holen, um sie vor der Rekrutierung durch Guerilla oder Paramilitärs zu bewahren. „Prävention ist auf der politischen Agenda der Regierung nicht gerade ganz oben angesiedelt“, erklärt José Luis Campos. Ein wesentlicher Grund, weshalb Organisationen wie Benposta oder Creciendo Unidos auf Spenden und internationale Unterstützung angewiesen sind. Die ermöglichen es, dass Kinder wie Francisco eine zweite Chance erhalten.

Knut Henkel



12_Die spezielle Rolle des Drogenhandels

Welche Bedeutung der Drogenhandel für Wirtschaft und Gesellschaft in Kolumbien hat, ist umstritten. Renommierten Ökonomen zufolge fließen etwa eine Milliarde US-Dollar jährlich aus dem Kokaingeschäft zurück in das südamerikanische Land – bei einem Bruttoinlandsprodukt von zuletzt 280 Milliarden US-Dollar jährlich eine eher bescheidene Größe. Doch die Zahlen sind schwer zu bestimmen und variieren je nach Quelle stark. Der wegen Drogenhandels in den USA inhaftierte Paramilitär-Kommandant Salvatore Mancuso erklärte vor wenigen Jahren in einem Interview, seine Organisation habe die kolumbianischen Rückflüsse aus dem Drogengeschäft auf 7 Milliarden US-Dollar jährlich beziffert – sieben Mal so viel wie in wissenschaftlichen Studien veranschlagt.

Umstritten ist auch, wie groß die Koka-Anbauflächen in Kolumbien sind. Nach Angaben des Anti-Drogen-Büros der Vereinten Nationen (UNODC) sind die Anbauflächen seit dem Jahr 2000 von 160.000 Hektar auf 60.000 Hektar im 2010 gefallen. Die Regierungen in Washington und Bogotá führen das auf die militärische Bekämpfung des Kokaanbaus im Rahmen des Plan Colombia zurück. Ausgeblendet werden dabei die Kosten dieser Drogenbekämpfung: Die Besprühung von Kokapflanzungen aus der Luft, wie sie Washington dem südamerikanischen Land aufgezwungen hat, kontaminiert auch Lebensmittelpflanzungen, Trinkwasser und Urwaldgebiete. Zudem scheint die Verringerung der kolumbianischen Anbauflächen wenig Auswirkungen auf das Kokainangebot zu haben. Der Rückgang der Pflanzungen in Kolumbien wird durch eine Erweiterung der Anbaugelände in anderen südamerikanischen Ländern und durch effizientere Produktionsmethoden wettgemacht.

Außer Frage steht hingegen, dass der Drogenhandel die kolumbianische Gesellschaft – wie auch die der Nachbarstaaten – seit den 1970er Jahren nachhaltig verändert hat. Das Koka-in hat Zehntausenden von Kleinkriminellen zu beträchtlichen Vermögen verholfen und eine Kultur geschaffen, in der das schnelle Geld als Versprechen erscheint. Parallel dazu hat sich Gewalt als gesellschaftliches Mittel etabliert. Da man bei illegalen Geschäftsbeziehungen bei der Verletzung von Verträgen nicht vor Gericht gehen kann, entsteht im Umfeld illegaler Ökonomien immer eine Art Gewaltunternehmertum, das Regeln etablieren und durchsetzen kann. Diese Gewaltstrukturen müssen ihre Stärke permanent unter Beweis stellen, was zu

einem regelrechten Wettbewerb des Schreckens führt. Die Gruppen versuchen durch besonders grausame Verbrechen ihre Macht zu festigen. Dieser Effekt hat dazu geführt, dass in Stadtvierteln und ganzen Regionen Kolumbiens – aber auch anderer lateinamerikanischer Länder wie Brasilien, Mexiko, Honduras oder Venezuela – Fraktionen der Organisierten Kriminalität erbitterte und brutale Kämpfe um territoriale Vorherrschaft führen. Die Lage ist in vielen lateinamerikanischen Großstädten heute völlig außer Kontrolle. Auch dem politischen Konflikt drückt der Drogenhandel seinen Stempel auf. Zum Einen hat sich die Staatsmacht im schmutzigen Krieg gegen die Opposition seit den 1980er Jahren systematisch der Drogenmafia bedient und der Organisierten Kriminalität damit die Unterwanderung des Staates erleichtert. Zum Anderen hat der Drogenhandel aber auch die Guerilla radikal transformiert.



Beschlagnahmtes Drogen-Transport-U-Boot, das für den Schmuggel von Kokain konstruiert wurde, in der Nähe der Grenze von Kolumbien nach Ecuador



Innenansichten eines selbstgebautes Drogen-Transport-U-Boots u. a. Modelle

Die marxistisch-leninistischen FARC setzen beim Wettrüsten mit der Staatsmacht schon lang auf die Einnahmen aus der Kokaverarbeitung. Da man in militärischen Kategorien denkt, ist die Kontrolle der Finanzquellen viel wichtiger als politische Fragen. Auf diese Weise ist die Guerilla unpolitisch, der Konflikt unübersichtlich geworden. Eine Lösung wäre also aus vielen Gründen dringend geboten. In Sicht allerdings ist sie nicht: Die polizeiliche und militärische Bekämpfung ist gescheitert. Washington mag die Anbauflächen in Kolumbien reduziert haben, doch der Drogenhandel ist mächtiger denn je. Aufgrund der enormen sozialen Ungleichheit kann die Organisierte Kriminalität praktisch unbegrenzt Nachwuchs rekrutieren, und die Aufrüstung der Staatsmacht treibt auf Dauer nur das Gewaltniveau nach oben. So landen immer wieder Waffen der Anti-Drogen-Sondereinheiten bei kriminellen Organisationen,

die doch eigentlich bekämpft werden sollten, Staatsmacht und Mafia schließen unsichtbare Bündnisse oder Elitopolizisten bauen gar eigene Drogenhandelsorganisationen auf – wie die mexikanischen „Zetas“ oder das kolumbianische Kartell „Norte del Valle“. Immer mehr Beobachter plädieren vor diesem Hintergrund für eine kontrollierte Freigabe von Drogenproduktion und -konsum, durch die die Preise sinken und finanzielle Anreize für die Organisierte Kriminalität verschwinden würden. Auch für die Süchtigen wäre eine solche Lösung wünschenswert: Durch die kontrollierte Abgabe der Drogen könnten die gesundheitlichen Schäden des Konsums beschränkt werden. Wenn viele Regierungen trotz der Ineffizienz der militärischen Drogenbekämpfung an dieser Strategie festhalten, hat das auch mit handfesten Interessen zu tun. Eine Legalisierung des Drogenhandels würde vielen internationalen Finanzinstituten empfindliche Einbußen beschern. Die USA hätten ein Argument weniger, um ihre militärische Präsenz in Lateinamerika zu rechtfertigen. Und schließlich hat die Drogenkriminalität aus Regierungsperspektive durchaus positive Effekte: Sie garantiert, dass die Armenviertel mit sich selbst beschäftigt sind. Die Alltagsgewalt des Drogenhandels sät Angst und Misstrauen und sorgt auf diese Weise dafür, dass soziale Proteste und Armutsrevolten unterbleiben.

Raul Zelik



13_Die alternativen Medien und der Widerstand in Kolumbien

Es gibt einen Boom der alternativen Medien in Lateinamerika. In Kolumbien müssen sich diese dagegen verwehren, als Komplizen der illegalen, bewaffneten Gruppen angesehen zu werden – aber auch dagegen, als Informanten und Propagandisten für die staatlichen Streitkräfte missbraucht zu werden.

Der lateinamerikanische Kontext

In Lateinamerika beherrschen wenige private Medien den Markt der öffentlichen Meinung und Unterhaltung. Sie kontrollieren die Art und Weise, wie Politik gemacht und Macht ausgeübt wird. Es existiert aber auch eine beeindruckende Ausbreitung von lokalen Bürgermedien, die auf legale oder illegale Weise die öffentliche Meinung dominieren. Im Einzelnen heißt das, die Geschäfte und die Politik werden von den größten Medienunternehmen gemacht, aber Bürgersinn und kulturelle Identität werden in den lokalen und gemeinschaftlichen Medien gebildet.

In diesem Szenario setzen progressive Regierungen in Argentinien, Venezuela, Ecuador oder Bolivien darauf, Medienmonopole zu kontrollieren, und zwar mittels dreier Maßnahmen: Änderungen in der Gesetzgebung, Schaffung von staatlichen Medien und Förderung von Bürgermedien. Rechtsliberale Regierungen wie Mexiko, Kolumbien oder Chile setzen dagegen auf die Wahrung der Interessen der privaten Medien. Dazwischen ist „die Meinungsfreiheit“ das Spielfeld, auf dem um die lateinamerikanische Demokratie gerungen wird.

Wo steht die Debatte?

Im Bericht von AMARC (Weltverband der Bürgerradios)²² werden Praktiken und Vorschriften benannt, die „nicht mit dem interamerikanischen System der Menschenrechtsstandards in Sachen Menschenrechte und Meinungsfreiheit kompatibel“ sind. Zum Beispiel: eine starke Medienkonzentration, die verhindert, dass Pluralität, Vielfalt von Stimmen, Kulturen und sozialen Gruppen in den Medien garantiert werden. Willkür-



Graffiti in Bogotá: „Lauschangriffe“ (chuzadas) auf Richter und Staatsanwälte durch Kolumbiens Geheimdienst (DAS) unter Präsident Álvaro Uribe (Karikatur rechts)

lich und diskriminierend werden Frequenzen vergeben, wobei der Medienkonzentration keine wirksamen Grenzen gesetzt werden. Für indigene Gemeinschaften, soziale Organisationen oder andere nichtkommerzielle Medien werden hohe Hürden aufgebaut, was andere Stimmen ausschließt und gravierende Auswirkungen auf die Demokratie zur Folge hat. Durch zunehmende Kriminalisierung der nicht autorisierten Radiosender und die Strafverfolgung der journalistischen Arbeit wird die aktive Ausübung der Informationsfreiheit beschränkt. Die permanenten Aggressionen gegen Medien und Journalisten bleiben zudem noch straffrei.

Die kolumbianische Medienlandschaft

Kolumbien nimmt im Ranking auf der Liste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen²³ den 145. Platz unter 178 Ländern ein, nur Kuba schneidet unter den lateinamerikanischen Ländern noch schlechter ab.

Warum steht Kolumbien so schlecht da?

Wegen der Gewalt, die von Drogenhändlern, Guerilleros und Paramilitärs ausgeht, aber auch wegen korrupter Politiker und der Regierung selbst mit ihren staatlichen Abhöraktionen von Internetverbindungen oder Handys von regierungskritischen Journalisten unter Präsident Álvaro Uribe. Die Medien sind in der Hand nur weniger Eigentümer konzentriert, was sich folglich auf die Auswahl der Informationen auswirkt. Aus diesem Szenario der hohen Eigentumskonzentration und der damit sehr hohen Kontrolle des öffentlichen Meinungsmarktes ragt wie ein Rettungsanker die Zahl des Vorhandenseins von über 500 Bürgerradios und mehr als 200 offenen Fernsehkanälen hervor.

Wem gehören die offenen Fernseh- und Radiokanäle?

Die Mehrheit gehört lokalen Bürgerinitiativen, viele der katholischen Kirche, manche Politikern und wenige, aber auch

sie gibt es, illegalen Gruppierungen. Dazu kommt, dass der Begriff Gemeinschaft oder Bürgerrechte in Kolumbien viele Facetten hat und viele Formen der gesellschaftlichen Mitbestimmung beinhaltet: Die Bürgermedien sind ein Abbild dieser Komplexität.

Was wird gesendet?

In ihrer Mehrheit imitieren sie die kommerziellen Radio- und Fernsehsender. Sie bringen populäre, kommerzielle Musik und sie machen Sendungen, die sich eher an den lokalen Machthabern orientieren als an den Mitbürgern. Aber es gibt auch eine Minderheit, die einen vielfältigen öffentlichen Raum erschließen will, die sich in Genres wie dem Radiotheater versucht und die den Nachbarn in einen aktiven Hauptdarsteller in Sachen Kommunikation verwandeln will. Im allgemeinen gehen die Programme auf den populären Geschmack und seine Musik ein, geben der regionalen Identität Ausdruck und

²² www.ifex.org/americas/2011/04/06/informe2010amarc.pdf

²³ <http://es.rsf.org/press-freedom-index-2010,1034.html>

Bildquelle: „Eine mafiöse Bande innerhalb des DAS (span.: Departamento Administrativo de Seguridad) sei verantwortlich für den Abhörskandal. Ich selber empfinde mich als Opfer dieser Infamie, sagte Präsident Uribe, dem der DAS direkt unterstellt ist (Februar 2009).“

www.lawyers-guns-money.blogspot.com (o. V.)



senden Informationen, die die nachbarschaftliche Wirklichkeit widerspiegeln. Der kolumbianische Staat bietet diesen Medien keinen freien Zugang zur Satellitenausstrahlung an. Den Bürgerradios ist es nicht einmal erlaubt, sich zu vernetzen, um als überregionaler Sender planen und informieren zu können. Es ist ihnen verboten, über Politik zu sprechen. Der Staat möchte, dass jeder Bürgersender an seinem Ort bleibt, dass er nicht die nationale Einheit stört, die den privaten Medien vorbehalten sein soll.



Bombenanschlag auf EFE-Sitz und Radiosender am 12. August 2010

Gibt es Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Medien?

Erst 2010, nach einem mehr als zehnjährigen Kampf, wurde der Staat verpflichtet, städtische Bürgerradios zuzulassen. Deshalb finden sich Bürgermedien in Kolumbien vorwiegend auf dem Land. Und deshalb sind sie sehr von der jeweiligen Gemeinschaft geprägt, ihrer Ästhetik, ihren Erzählungen und Bedürfnissen. Das städtische Bürgerradio hat einen jugendlicheren Ton, ist alternativer und kulturlastiger, es ist noch in der Experimentierphase.

Wie finanzieren sich die Bürgermedien?

Sie leben von den Ehrenamtlichen, die sie betreiben. Der Staat verbietet jegliche kommerzielle Aktivitäten. Er verhindert die Bildung von Netzwerken oder Produktionsgenossenschaften. Allerdings bietet er den Bürgersendern auch keine Finanzierung an, und das, obwohl er immer wieder prüft, ob sie ihre Pflichten erfüllen. So erscheint der Staat eher als ein Garant

für die Geschäftsinteressen der privaten Medien, als ein aktiver Förderer der Rechte auf Kommunikation seiner Bürger.

Vom Wunder der Solidarität

Wie sieht es mit dem Internet und sozialen Netzwerken aus?

30 Prozent aller Kolumbianer haben Zugang zu einer Breitbandverbindung. Internet gibt es zum größten Teil in den Städten. Wir sind eine Gesellschaft mit starker oraler Tradition. Deshalb sind das Internet und die sozialen Netzwerke bis jetzt nicht bürgerschaftlich, nicht ländlich, nicht alternativ, nicht widerständig. Bisher hat die Mündlichkeit die größte Ausdauer gezeigt, und in ihr entdeckten die Bürgermedien ihren besten Verbündeten: das Handy. Das Handy ist ein echtes Gemeinschaftsmedium. Und im Widerstand gegen die kriegsführenden Gruppen: Mit einem Handy kann man sprechen und Bilder machen, um sie an nicht kommerzielle Medien weiterzuleiten. Dies ist die beste Methode, Widerstand zu leisten oder zu überleben.

Bürger, die handeln

Die Bürgermedien in Kolumbien sind in der Tat sehr wichtig, weil sie die Stimme der Leute sind, ihrer Ästhetik, ihrer eigenen Geschichten, die etwas über ihren Geschmack und ihre Interessen erzählen. Sie sind die andere Stimme, die es ermöglicht, sich auf andere Weise zu informieren, als es von Bogotá vorgeschrieben wird. Während die Massenmedien nur von Politikern, Regierungen und Staatsgewalten in der Hauptstadt sprechen, von Showbusiness und anderen globalen Träumen, geht es in den Bürgermedien ums Naheliegende, ums Zweckmäßige, ums Eigene: Sie sind die andere Agenda, jene der Leute und ihrer Gemeinschaft.

Wenn man Kolumbien gründlich kennenlernen will, sollte man Bürgerradio hören, die offenen Fernsehkanäle anschauen, sich mit den Leuten treffen, die den Kriegsführenden aus ihrem Alltag heraus Widerstand leisten. Die Bürgermedien leben buchstäblich zwischen Gewalttätigen und deshalb machen sie die Kommunikation zu ihrer Überlebensstrategie, zu ihrem Vergnügen, ihrem Widerstand, ihrer Strategie, sich dem Krieg zu verweigern. Und das ist der Sinn der Bürgermedien: Sie zeigen, dass wir existieren und sind die Stimme, die den Lärm des Krieges übertönt.

Omar Rincón

ist Medienberater der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bogotá.



Bildquelle (oben): „Bombenanschlag am Sitz des Korrespondentenbüros der spanischen Nachrichtenagentur EFE und des Radiosenders Caracol in Bogotá. Die Vorsitzende des Linksbündnisses PDA, Clara López Obregón, sagte, der Anschlag sei gegen das „Klima

der Entspannung“ gerichtet gewesen, das der neue Staatschef Juan Manuel Santos in den wenigen Tagen seit seinem Amtsantritt am 7. August 2010 geschaffen habe, indem dieser die Beziehungen mit Venezuela wiederhergestellt, den Dialog mit der Justiz gesucht und

die Möglichkeit von Friedensgesprächen angesprochen habe“, Mauricio Moreno / www.flickr.com/eltiempo.com/CEET (CC BY-NC 2.0)

Bildquelle: „Café Conversado“: Studenten von ALTAIR Libre (ein „digitales Versuchslabor“ der Medienhochschule in Antioquia) im Gespräch mit zwei Mädchen über die Möglichkeiten der Internet-Nutzung; ALTAIR Libre/www.flickr.com (CC BY-NC 2.0)



14_Kolumbiens Medien-Monopoly

Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit. Wie viel an diesem Diktum des US-Senators Hiram Johnson dran ist, lässt sich schon länger an Kolumbiens Medienlandschaft beobachten: Sie gehört zu den eintönigsten in Südamerika. Fast 50 Jahre lang tobt hier ein komplexer Mehrfrontenkrieg, ein Ende ist nicht abzusehen. Fast vier Millionen Menschen sind Flüchtlinge im eigenen Land. Aber Hintergründiges dazu findet man in den Tageszeitungen immer seltener, im Fernsehen sowieso nicht. Am vielseitigsten wird die breite Bevölkerung noch durch die langen Morgensendungen der großen Radiostationen informiert.



Die städtische Mittelschicht hält sich an das unabhängige Internetportal La Silla Vacía. Oder an die liberale Semana, das letzte noch verbliebene politische Wochenblatt. Denn die Konkurrenz, die Zeitung Cambio wurde Anfang 2010 auf kaltem Weg entsorgt. Das Politmagazin sei nicht rentabel, versicherten Sprecher der Verlagsgruppe El Tiempo, die auch die gleichnamige Tageszeitung herausgibt. „Die Zeitschrift war unabhängig, mutig und intelligent und folglich unbequem für die Macht“, schrieb Semana-Kolumnist Antonio Caballero. Für seine Kollegin María Jimena Duzán war die Schließung von Cambio der „härteste Schlag gegen den Journalismus und die kolumbianische Demokratie“ in letzter Zeit. Ignacio Gómez von der „Stiftung Pressefreiheit“ sah in der Episode ein Paradebeispiel für die „inestuöse Beziehung zwischen der politischen Macht und den Medien“ in Kolumbien. Juan Manuel Santos, ein Spross der Verlegerfamilie Santos von El Tiempo, ist der Präsident des Landes, sein Vetter Francisco war zuvor Vizepräsident. Enrique Santos, ein weiterer Vetter, setzte sich als Chef des einflussreichen Verlegerverbands „Interamerikanische Pressegesellschaft“ jahrelang lautstark für die Pressefreiheit in den Nachbarländern Venezuela und Ecua-

dor ein. In den siebziger Jahren hatte er noch zusammen mit Caballero, Gabriel García Márquez und anderen die legendäre linke Wochenzeitung Alternativa gegründet. Die gibt es schon lange nicht mehr, alternative Publikationen führen heute selbst im Internet ein Schattendasein.

Als Uribes Verteidigungsminister bezeichnete Juan Manuel Santos die Cambio-Redakteure als „nützliche Idioten“ der FARC-Guerilla. Denn immer wieder hatte das 1993 gegründete, 2006 von der El Tiempo-Mediengruppe aufgekaufte linksliberale Magazin die wunden Punkte des Uribe-Regimes unter die Lupe genommen und angeprangert. Etwa die symbiotischen Verbindungen zwischen den rechten Narcoparamilitärs und der parlamentarischen Basis des Staatschefs. Oder die Praxis der Armee, junge Zivilisten zu ermorden, um sie dann als im Kampf getötete Guerilleros auszugeben. Oder die Spitzelaktivitäten des Geheimdienstes gegen rund 300 Oppositionspolitiker, Richter, Journalisten oder Menschenrechtsaktivisten. Cambio deckte auch auf, dass die Regierung befreundeten Großgrundbesitzern illegale Subventionen in Millionenhöhe zugeschanzt hatte. Als die Empörung über die Schließung von Cambio am heftigsten war, wurde Alfredo Molano gerade nach drei Jahren von einer abstrusen Verleumdungsklage freigesprochen. Der Soziologe, der sonntags kluge Kolumnen in der Hauptstadtzeitung El Espectador schreibt, skizziert den Wandel unter Uribe: „Lange war Kolumbien das Land, in dem die meisten Journalisten ermordet wurden. Nun hat sich eine Art Selbstzensur durchgesetzt, man hat Angst, einige Dinge zu sagen – oder man wird entlassen“. Oppositionelle Journalisten wurden als Terroristenhelfer denunziert: „Das ist, als wenn man einen Grabstein um den Hals hängen hat“.

Unter Juan Manuel Santos werden die Karten neu gemischt, die Gerüchteküche brodelte. Unklar ist noch immer, wer den Zuschlag für den dritten landesweiten Fernsehkanal bekommt. Einziger Bewerber war im Dezember 2011 der spanische Medienkonzern Planeta, der 2007 die Aktienmehrheit der El Tiempo-Gruppe erworben hatte. Der Präsident versicherte, seine Familie bleibe dabei außen vor. Zugleich soll Planeta damit gedroht haben, sich ganz aus Kolumbien zurückzuziehen, sollten seine TV-Ambitionen scheitern. In diesem Fall werde der Banker und Milliardär Luis Carlos Sarmiento, der 2010 und 2011 bereits 31 Prozent der El Tiempo-Gruppe erworben hat, dann auch noch die 55 Prozent der Spanier übernehmen.

Gerhard Dilger





15_

Freihandelsabkommen – Der Kolonialismus kehrt zurück



Bildquelle: „Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien, das am 19. Mai 2010 in Madrid auf dem EU-Lateinamerikagipfel unterzeichnet wurde, rief scharfe Proteste seitens der südamerikanischen Milchbauern hervor. Noch am selben Tag begannen

sie in verschiedenen Regionen Kolumbiens mit Protestaktionen.“,
www.agrarianideas.blogspot.com (o. V.)



15_ Freihandelsabkommen – Der Kolonialismus kehrt zurück

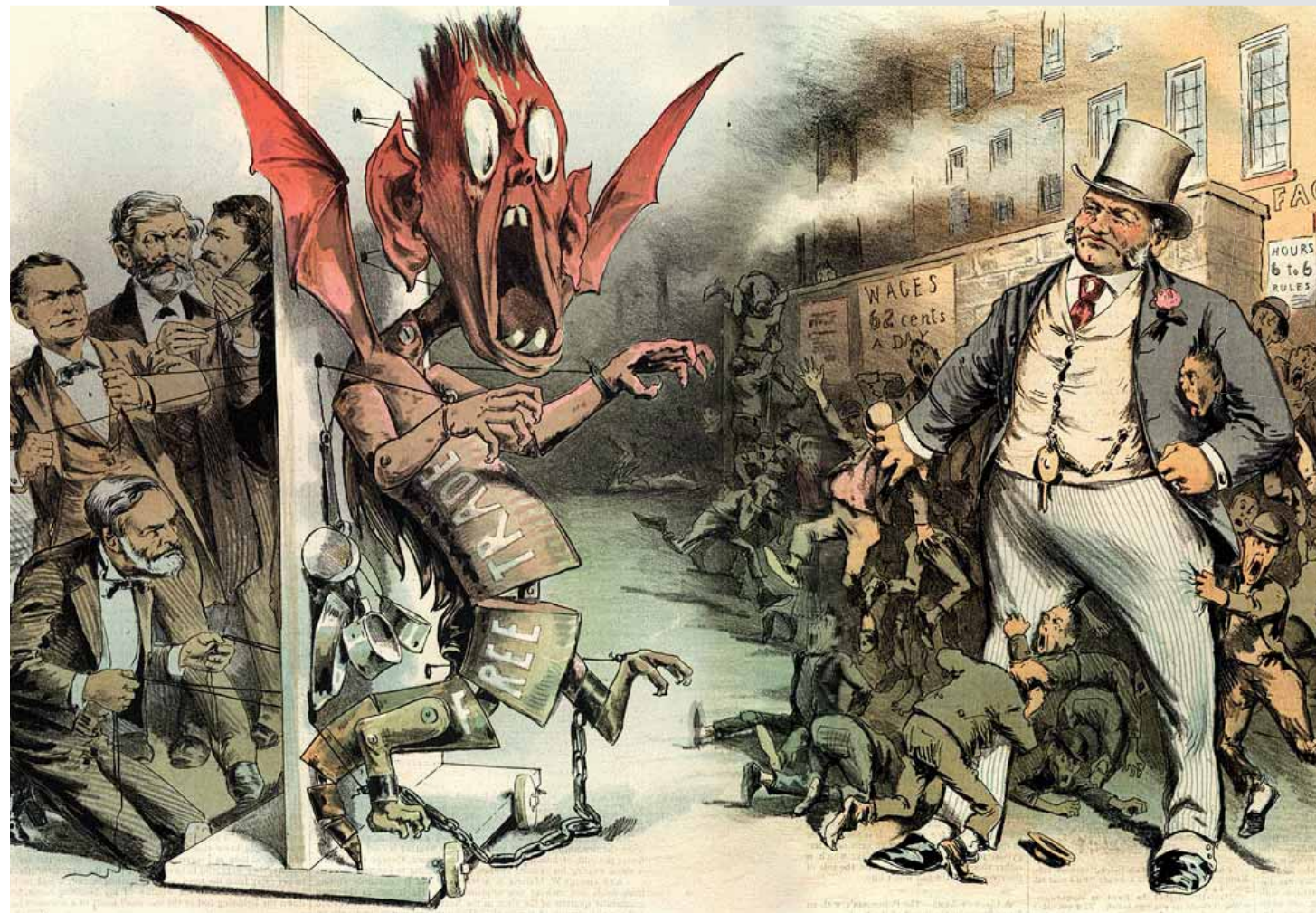
Nach den USA plant jetzt die EU ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien. Doch davon profitieren nur wenige. Nach jahrelangen Verzögerungen hat der US-amerikanische Kongress am 12. Oktober 2011 drei Freihandelsabkommen ratifiziert – mit Südkorea, Panama und Kolumbien. Für fortschrittliche Gewerkschafter in den betroffenen vier Ländern ist das eine Katastrophe – ganz besonders in Kolumbien, wie die Leitung des Gewerkschaftsdachverbandes CUT klargemacht hat.

US-Präsident Barack Obama, der als Senator noch auf seine Gewerkschaftsbasis gehört hatte, setzte damit genau das durch, woran sein Vorgänger George W. Bush wegen des Widerstands der Demokraten im Kongress noch gescheitert war. Obama sah weder in den anhaltenden Arbeits- noch in den Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien ein Hindernis, geschweige denn in den wahrscheinlichen Jobverlusten in den USA. Die Gewinner sind Banken, Handelsgesellschaften, das Agrobusiness und Teile der Industrie. Obama versprach einen Exportboom und neue Arbeitsplätze, obwohl die Erfahrung der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, durch die die angeschlagene Weltmacht seit 1994 einen großen Markt mit Kanada und Mexiko bildet, genau das Gegenteil gezeigt hat: Verlierer fanden sich beiderseits der Grenze. Mexikanische Maisbauern wurden zu Millionen von ihrem Land vertrieben – viele von ihnen haben sich dem Heer von Wirtschaftsflüchtlingen angeschlossen, das unter größten Risiken für Leib und Leben gen Norden zieht.



Protestbild in Bogotá gegen das Freihandelsabkommen mit den USA

Solche Freihandelsabkommen zwischen ungleichen Partnern sind die jüngste Ausprägung neokolonialer Strukturen. Ein-



Das „Freihandels-Schreckgespenst“ (The free-Trade Bugaboo)

druckvoll wird durch sie die Dependenztheorie bestätigt, die lateinamerikanische Soziologen in den 1960er Jahre entwickelt haben: Demnach bilden die kleinen Führungszirkel in den Ländern des Südens „Brückenköpfe“ für die Ausbeutung durch die Industrieländer des Nordens. Kolumbien stellt sich demnach auch unter Präsident Juan Manuel Santos deutlich quer zum „Linksruck“ in Südamerika. Auf der Amerika-Konferenz im argentinischen Mar del Plata Ende 2005 ließen die progressiven Regierungen der Region, angeführt von Gastgeber Néstor Kirchner und dem Ex-Gewerkschafter Lula da Silva aus Brasilien, die seit 1994 von Washington geplante Freihandelszone von Alaska bis zum Feuerland endgültig platzen. Es war der wohl wichtigste Schritt zur Emanzipierung Südamerikas im letzten Jahrzehnt.

Dabei hängen die Links- und Mitte-Links-Regierungen der Region durchaus traditionellen Wachstumskonzepten an. Unter der Führung Brasiliens werden Autobahnen, Wasserstraßen, Eisenbahnstrecken gebaut – zur „physischen Integration“ des Subkontinents, vor allem aber auch, um den Export brasilianischer Rohstoffe nach Asien billiger zu machen. Ex-Präsident Lula warb beispielsweise vor kurzem in Bogotá für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Brasilien und Kolumbien: Nicht das „Schwert Bolívars“ sei in Lateinamerika gefragt, sagte er mit einem Seitenhieb auf den Venezolaner Hugo Chávez, sondern Kredite von der Interamerikanischen Entwicklungsbank. Auch an fairen Freihandelsabkommen mit den USA und der Europäischen Union wären zumindest die

Bildquelle: „The free-Trade Bugaboo“, Charles Jay Taylor (1880), Courtesy of Georgia State University Library (PD)

To Kill Latin Countries

Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay prinzipiell durchaus interessiert – dann müssten aber auch im Norden die Zollschranken für den Agrarmarkt fallen und die milliardenschweren Agrarsubventionen abgebaut werden. Auch die sogenannte Doha-Entwicklungsrunde im Rahmen der Welthandelsorganisation, auf die Brasilien immer wieder gedrängt hatte, scheiterte aus ähnlichen Gründen.

Kolumbien ist da ein bequemerer Partner. Nach der Ratifizierung in Washington sprach Staatschef Santos von einem „historischen Tag für die Beziehungen zwischen Kolumbien und den Vereinigten Staaten“. Die quasi koloniale Abhängigkeit Kolumbiens von den USA erreicht eine neue Qualität: Durch die bevorstehenden Billigimporte sind Hunderttausende kolumbianischer Landwirte in ihrer Existenz bedroht. Vor allem die Milch- und Reisbauern seien noch nicht bereit, warnte selbst Kolumbiens konservativer Landwirtschaftsminister Juan Camilo Restrepo. Auch der Zugang zu erschwinglichen Medikamenten wird schwieriger. Der linke Senator Jorge Enrique Robledo fühlt sich an die Kolonialzeit erinnert. Wie in einer Verfassung werde auf 1.300 Seiten die kolumbianische Wirtschaft bis ins letzte Detail durchreglementiert, sagt Robledo, beispielweise würden die Privatisierungen im Gesundheits- und Bildungsbereich, die in den neoliberalen 1990ern eingeleitet wurden, weitergehen. Das Freihandelsabkommen und der damit einhergehende Souveränitätsverlust verbaue Kolumbien die Möglichkeit auf eine eigenständige Entwicklung.

Mit der Europäischen Union unterzeichneten Kolumbien und Peru im Mai 2010 ein ganz ähnliches Freihandelsabkommen – die links regierten Andenländer Bolivien und Ecuador hatten sich aus den Verhandlungen über das ursprünglich als Regionalabkommen angelegte Projekt zurückgezogen. Der

Bildquelle: „TLC (span.: tratado de libre comercio) beutet lateinamerikanische Staaten aus.“ (o. V.)

Bildquelle: „NO TLC“, Edgar Zuniga Jr./www.flickr.com (CC BY-ND 2.0); Nach teils mehrjähriger Blockade hat der US-Kongress Freihandelsabkommen mit Südkorea, Kolumbien und Panama ratifiziert. Sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat wurden die Ab-

kommen mit großer Mehrheit durchgewunken. US-Präsident Barack Obama sprach in einer Erklärung von einem „großen Gewinn für amerikanische Arbeiter und Unternehmen.“



Ratifizierungsprozess verläuft schleppend. Menschenrechtsgruppen setzen ihre Lobbyarbeit gegen das Freihandelsabkommen im Europäischen Parlament fort, doch die liberal-konservative Mehrheit ist entschlossen, es abzusegnen.

Wie schon durch den Vertrag mit den USA würde dadurch der Ausverkauf der kolumbianischen Ressourcen auch in Richtung Europa erleichtert. Der Güterhandel würde weiter liberalisiert, der Kapitalabzug für europäische Firmen erleichtert, der Investorenschutz ausgebaut. Die Verletzung von Sozial- und Umweltstandards, etwa der ILO-Kernarbeitsnormen, hätte jedoch wohl noch weniger Konsequenzen als bisher.

„Das Freihandelsabkommen bedeutet einen Rückschritt hinter bereits bestehende Sanktionsmöglichkeiten“, erläutern entwicklungspolitische NGOs aus Deutschland in einem Positionspapier, „denn über das sogenannte Allgemeine Präferenzsystem (APS) hat die EU bereits heute die Möglichkeit, bei schweren und systematischen Verstößen Kolumbiens gegen menschen- und arbeitsrechtliche Konventionen oder gegen internationale Umweltabkommen Handelsvergünstigungen zeitweise auszusetzen. (...) Mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens aber würden das APS und damit seine immerhin theoretischen Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Kolumbien ihre Gültigkeit verlieren. Die vorgesehenen Sozial- und Umweltstandards des Abkommens würden somit vollends zum zahnlosen Papiertiger“.

Gerhard Dilger

Zum Weiterlesen:

Forum Umwelt und Entwicklung, Misereor, Oxfam Deutschland e.V., PowerShift e.V., S2B Seattle to Brussels Network und WEED e.V., Geschäftsinteressen vor Menschenrechte: Das EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien, Februar 2011.

 www.kolko.de/downloads/FS_Columbien_TypoGruenBlau3.pdf

Reingard Zimmer, Das Nachhaltigkeitskapitel im bilateralen Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru: Gutachten, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung, Mai 2011.

 www.kolko.de/downloads/Gutachten_TLC.pdf



„Das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten ist ein Rückschlag für die Souveränität Kolumbiens“

Erklärung der CUT vom 13. Oktober 2011

Der kolumbianische Gewerkschaftsdachverband CUT hat seit Beginn der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA immer wieder erklärt, dass dieses der Industrie, der Landwirtschaft, den Dienstleistungen und allgemein der gesamten Produktion schadet. Die Asymmetrie zwischen den beiden Volkswirtschaften bedeutet einen absoluten Nachteil für Kolumbien. Wir werden mit Produkten, Handelswaren, Kapital und Dienstleistungsfirmen nordamerikanischen Ursprungs überschwemmt werden – auf Kosten der Arbeitsplätze und der Produktion in Kolumbien.

Die Medien haben berichtet, dass eines der Motive für die Zustimmung in den Kammern des US-Kongresses die Erwartung war, die Exporte nach Kolumbien, Panama und Südkorea um 13 Milliarden Dollar im Jahr zu erhöhen. In Kolumbien haben verschiedene Sprecher der Arbeitgeber sehr spät eingeräumt, dass ihre Branchen durch die Importe aus den USA erdrückt werden können. Es freuen sich die großen Importeure, das Finanzkapital und all jene, die die Plünderung unserer natürlichen Ressourcen und der Arbeit der Kolumbianer bejubeln, was nun – unter Missachtung der kolumbianischen Verfassung und Gesetze – durch die Regelungen des Abkommens erleichtert wird. So verliert unser Land seine Souveränität.

Wir stellen fest, dass dieses Abkommen inmitten von andauernden Menschenrechtsverletzungen und der schlimmsten Gewalt gegen die Gewerkschaften angenommen wurde – allein in diesem Jahr haben deswegen bislang 23 Gewerkschafter ihr Leben verloren. Die CUT wird sich sämtlichen Widerstandsaktionen anschließen, die sich aus dieser neuerlichen Aggression ergeben. Wir werden dafür kämpfen, dass sich alle Betroffenen organisieren.

Tarcisio Mora Godoy, Vorsitzender
Domingo Tovar Arrieta, Generalsekretär
Diógenes Orjuela García, Leiter der internationalen Abteilung

Bildquelle: „Hühnerfarm in der Nähe von Santander, Kolumbien“, Charlotte Kesi/World Bank/www.flickr.com/ (CC BY-NC-ND 2.0); Landwirtschaftsminister Restrepo erklärte, die kolumbianischen ProduzentInnen von Reis, Mais und Milchprodukten seien ebenso

wie die GeflügelzüchterInnen in ihrer Existenz bedroht, da sie nun mit ProduzentInnen aus den USA konkurrieren müssen und letztere vom Staat subventioniert werden. Ihre Produkte können nun ohne Zölle nach Kolumbien importiert werden. (Quelle: www.npla.de)



16_Kolumbiens neue Außenpolitik: Weniger USA, mehr Lateinamerika, Entspannung mit Venezuela, Sicherung von Märkten

Juan Manuel Santos war 2010 mit deutlicher Mehrheit als Erbe Álvaro Uribes zum Präsidenten Kolumbiens gewählt worden. Nach seiner Wahl erweiterte Santos seine Regierungskoalition durch die Einbeziehung von Cambio Radical und der Liberalen Partei – der er selbst früher angehörte – zu einer Koalition der Nationalen Einheit, die über 80% der Stimmen im Parlament verfügt, nach dem Beitritt der „Grünen Partei“ im Frühjahr 2011 inzwischen sogar über 90%. Diese erweiterte Koalition gibt ihm politische Spielräume gegenüber den „Uribisten“ in der „U-Partei“ und der Konservativen Partei. Nach seiner Amtsübernahme legte er ein ehrgeiziges Reformprogramm vor, das zwar die zentralen Elemente der Sicherheitspolitik Uribes gegenüber der Guerilla beibehält, in praktisch allen anderen Bereichen aber von den Orientierungen Uribes und seiner Anhänger abweicht. Die Entschädigung der Opfer des Konfliktes, die Rückgabe von geraubtem Land an Vertriebene, die Stärkung des Rechtsstaates durch Bekämpfung von Korruption, Reformen in der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik sowie ein ehrgeiziges wirtschaftliches Entwicklungsprogramm stehen auf der Tagesordnung für die nächsten Jahre. Santos' Reformprogramm ist vom klassischen politischen Liberalismus mit sozial-liberalen Anklängen inspiriert. So ist das Ziel des sogenannten Opfergesetzes und der Landrückgabe die Entschädigung der Opfer des kolumbianischen Konflikts, nicht aber die progressive Umverteilung von Land und Einkommen.

In der Außenpolitik hatte Santos innerhalb weniger Wochen nach seiner Amtsübernahme die Konflikte mit Venezuela entspannt. Der von Venezuelas Präsident Chávez 2010 unterbrochene bilaterale Handel kommt zwar nur langsam wieder in Schwung – die Exporte nach Venezuela brachen 2010 gegenüber 2009 um 75% ein, statt Venezuela ist jetzt China der zweitgrößte Außenhandelspartner Kolumbiens – aber das gegenseitige Säbelrasseln in Verbindung mit Kriegsdrohungen wurde beendet, bei der gegenseitigen Auslieferung von Kriminellen und Guerillas wurden konkrete Fortschritte erzielt. Das Thema der US-Militärbasen in Kolumbien – Anlass für die Spannungen des Jahres 2010 – ist vom Tisch, seitdem das kolumbianische Verfassungsgericht das Abkommen als verfassungswidrig erklärte, da es nicht vom Parlament ratifiziert wurde.

Von Seiten der neuen Regierung gibt es keine Anzeichen, dass das Abkommen dem Parlament vorgelegt werden wird, zumal es sich von den schon bestehenden Vereinbarungen zur Nutzung von kolumbianischen militärischen Einrichtungen durch die USA nur wenig unterscheidet. Für Uribe ging es bei dem Abkommen um eine langfristige vertragliche Absicherung der militärischen Zusammenarbeit mit den USA. Santos und die neue Außenministerin Holguin erkennen jedoch einen Wandel in den gegenseitigen Interessen zwischen Kolumbien und den USA an: Die Leistungen der USA im Rahmen des Plan Colombia gehen tendenziell zurück. Gegenwärtig betragen sie knapp 500 Mio. US-Dollar pro Jahr mit abnehmender Tendenz gegenüber ca. 700 Mio. US-Dollar in den Uribe-Jahren.

Für Kolumbien werden die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit den Nachbarländern, insbesondere Brasilien, und mit Asien zunehmend wichtig. Für die USA dagegen wird die – erfolglose – Bekämpfung des Drogenhandels an der Quelle an Bedeutung verlieren, zumal mit den Erfolgen gegen die FARC auch das Argument der Bekämpfung des Terrorismus in Kolumbien an Substanz verliert. Auch ohne die Ratifizierung des neuen Abkommens können die USA nach dem Verlust ihrer Luftwaffenbasis in Manta, Ecuador, in den Ausbau einer kolumbianischen Luftwaffenbasis investieren, sodass die Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer Luftaufklärung in der Region möglich ist.

Die USA werden weiter von strategischer Bedeutung für Kolumbien bleiben: Größter Exportmarkt, wichtige Quelle von Direktinvestitionen und Technologie, Hauptlieferant bilateraler Entwicklungs- und Militärhilfe, unabdingbare Kooperation in der Satelliten- und Luftaufklärung. Aber das zwischen Uribe und Bush stark ideologisierte Verhältnis wird auf der Grundlage der Differenzierung der Interessen pragmatischer und flexibler werden. Aus Sicht der Regierung Santos sind konstruktive Beziehungen sowohl mit den USA als auch den südamerikanischen Nachbarn kein Widerspruch, sondern komplementäre Interessen Kolumbiens. Dies gilt nicht nur in der Sicherheitspolitik – wo verbesserte Beziehungen mit Ecuador und Venezuela die Rückzugsräume der Guerilla in beiden Ländern schließen – sondern auch für die Außenwirtschaftspolitik.



Bildquelle: „Staats- und Regierungschefs der UNASUR bei der Unterzeichnung ihres Gründungsvertrags am 23. Mai 2008 in Brasília.“, Antônio Cruz/ABR/www.wikipedia.org (CC BY 2.5); Die UNASUR – Union Südamerikanischer Nationen – ist eine Internationale

Organisation der zwölf südamerikanischen Staaten: Mitglieder der Andengemeinschaft (Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru), des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Venezuela) u.a. Staaten (Chile, Guyana, Suriname). (Quelle: www.wikipedia.de)



Dementsprechend hat sich die kolumbianische Außen- und Außenwirtschaftspolitik seit der Amtsübernahme von Santos auf vier Schwerpunkte konzentriert:

Die Beendigung der Konflikte und die Verbesserung der Beziehungen mit den unmittelbaren Nachbarn Ecuador und Venezuela. Neben der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und der Sicherheitskooperation mit den beiden Nachbarländern findet dies seinen Ausdruck darin, dass sich Kolumbien und Venezuela darauf geeinigt haben, die verbleibende zweijährige Amtszeit des verstorbenen argentinischen Präsidenten Kirchner als Generalsekretär von UNASUR zwischen beiden Ländern aufzuteilen.

Die Sicherung des Marktzuganges in den aktuell wichtigsten Märkten für Kolumbien. Hier spielen die Freihandelsabkommen mit den USA und der Europäischen Union, den bisher größten Märkten für Kolumbien, eine strategische Rolle. Bisher hing der zollfreie Zugang zu diesen Märkten von befristeten und zu erneuernden Sonderregelungen ab, mit den Freihandelsabkommen würde der Marktzugang mittel- bis langfristig garantiert.

Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Asien-Pazifik-Raum. Hier geht es nicht nur um Marktzugang, sondern auch um die Mobilisierung von Investitionen. China ist inzwischen der zweitgrößte individuelle Exportmarkt, Kolumbien ist zusammen mit Mexiko und Chile Teil einer Initiative der wichtigsten lateinamerikanischen Pazifikländer, die den Zugang zu asiatischen Märkten gemeinsam verbessern wollen.

Eine Stärkung der politischen Allianzen und der wirtschaftlichen Integration mit Südamerika. Dies erklärt die unter Santos proaktive Rolle Kolumbiens in UNASUR. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es in Zukunft eine stärkere kooperative Entwicklung der Energie- und Transportinfrastruktur der Amazonas-Anrainer geben.

Grundlage der kolumbianischen Außenhandelspolitik bleiben jedoch Rohstoffe bzw. nur wenig verarbeitete Derivate. Zwar strebt Santos auch eine graduelle Diversifizierung der Binnenwirtschaft an. Die Steuerquote von nur ca. 13 % lassen jedoch die für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit notwendigen massiven Investitionen in Infrastruktur, Humankapital und Forschung und Technologie nicht zu. Die Hoffnung – und der Plan – der Regierung, dass der Privatsektor die Lücke füllen werde, wird sich nicht erfüllen, denn ohne strategische Staatsinvestitionen wird der Privatsektor nicht in unsichere Projekte investieren.

Zur Durchsetzung des Freihandelsabkommens mit den USA ist Santos Verpflichtungen zur Verbesserung der Arbeitsbeziehungen – inkl. der Verbesserung der Arbeitsplatzsicherheit und der Eliminierung von illegalen Beschäftigungspraktiken – und zur Verbesserung der Menschenrechtssituation von Gewerkschaftern, Vertriebenen und ihrer Organisationen und von Menschenrechtsorganisationen gegenüber US-Präsident Obama eingegangen, die es aller Wahrscheinlichkeit nach ermöglichen haben, dass das Freihandelsabkommen im US-Kongress ratifiziert wurde. Verbesserung wird es vor allem in den großen Städten geben, denn in den Kleinstädten und in ländlichen Gebieten werden die notwendigen Kontroll- und Aufsichtsbehörden vorerst nicht ausreichend vertreten sein.

Problematisch bleibt, dass etwa 20–25 % der kolumbianischen Kleinstädte und Gemeinden von illegalen und kriminellen Gruppen, vor allem Nachfolgeorganisation der ehemaligen Paramilitärs, häufig in Kollusion mit korrupten lokalen Eliten, kontrolliert werden. In diesen Gebieten konzentrieren sich sowohl die Fälle von Landraub – und damit auch das Gros des an die Vertriebenen zurückzugegebenden Landes – als auch die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Gewerkschaftern und Vertretern von Menschenrechts- und Vertriebenenorganisationen. Hier fehlt der Regierung bisher ein überzeugendes Sicherheitskonzept für die Rekonstruktion eines legitimen demokratischen Rechtsstaates und den Schutz der Bevölkerung.

Der Hauptgrund sind fehlende Ressourcen. Für eine Steuerreform fehlt der Regierung die Unterstützung der Unternehmerschaft. Die hatte sich nicht zuletzt deshalb von Uribe abgewendet, weil dieser die Stärkung der Streitkräfte nicht nur mit den Mitteln des Plan Colombia finanzierte, sondern auch mit einer Steuer auf das Vermögen der Reichen und der Großunternehmen. So mehren sich in den letzten Monaten die Signale, dass die Regierung bereit zu Friedensverhandlungen mit der Guerilla ist, denn ein Friedensabkommen würde Streitkräfte und Polizei massiv entlasten und damit eine Intervention in den von kriminellen Banden, Nachfolgeorganisationen der Paramilitärs und korrupten lokalen Eliten kontrollierten Städten und Gemeinden möglich machen. Hier treffen sich Außen- und Innenpolitik: Wenn überhaupt ein Friedensprozess mit der Guerilla möglich ist, dann nur mit Garantien der Nachbarländer und Brasiliens.

Hans Mathieu

 Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Kolumbien

Wirtschaftsdaten Kolumbien

Bruttoinlandsprodukt (BIP)	%	Jahr
nach Kaufkraftparität	435,4 Mrd US-Dollar	2010
reale Wachstums-/Steigerungsrate	4,3	2010
pro Kopf-BIP	9.800 US-Dollar	2010
nach Wirtschaftszweigen		
– Landwirtschaft	9,2	2010
– Industrie	37,6	2010
– Dienstleistung	53,6	2010
Erwerbstätige Bevölkerung	20,65 Mio	2007
nach Tätigkeit		
– Landwirtschaft	22,7	2000
– Industrie	18,7	2000
– Dienstleistung	58,5	2000
Arbeitslosenquote	11,8	2010
Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze	45,5	2009
Haushaltseinkommen bzw. Verbrauch in Prozentanteilen		
– Niedrigste 10 %	0,8	2008
– Höchste 10 %	45	2008
Verteilung des Familieneinkommens/GINI-Index	58,5	2009

Quelle: CIA World Factbook (2011)

Kolumbien zählt rund 45 Millionen Einwohner. Seit 1886 hat das Land ein Präsidialsystem. Das Bruttoinlandsprodukt lag 2010 pro Einwohner nominal bei 4.672 Euro (Deutschland: 44.660 Euro). Zu den Hauptexportgütern des Landes zählen neben landwirtschaftlichen Produkten und unverarbeiteten Rohstoffen die Drogen Kokain und Heroin. Einkommen und Vermögen sind in Kolumbien extrem ungleich verteilt. Nirgendwo in Südamerika ist die Kluft zwischen Arm und Reich so tief.



IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich, Redaktion: Jens Martens
Gestaltung: akino
Druck: graphik + druck, Köln

DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Düsseldorf, Dezember 2011

PARTNER

MISEREOR: www.misereor.de
Friedrich-Ebert-Stiftung: www.FES.de
Menschenrechte für Kolumbien: www.kolko.de



Literaturhinweise, Linklisten und Tipps erreichen Sie über unsere Internetseite: www.nord-sued-netz.de/projekte/kolumbien. Hier finden Sie auch die spektakuläre Fotoausstellung unseres kolumbianischen Partners ENS über die Arbeitswelt Südamerikas.